

BUCHBESPRECHUNGEN

Peter NITSCHKE: *Politische Philosophie* (Sammlung Metzler Band 341). Stuttgart/Weimar 2002. J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung. 198 S.

Mit einer durchaus ungewöhnlichen Selbstverständlichkeit sieht der Autor das Denken des Politischen verankert in der Natur Gottes, des Menschen und in Konstruktionen des Menschen. Ungewöhnlich ist diese angesichts der zumeist undiskutiert übernommenen Hypothese des in seinen eigenen Konstruktionen gefangenen Politischen, die seit der Aufklärung »Autonomie« heißt. Die Unbefangenheit geht allerdings nicht aus der Argumentation selbst hervor, eher schon der Anlage der Darstellung: Ist diese doch eine Art Galerie politischen Denkens seit den Griechen. Dies gibt eine Freiheit von Zwängen und Zumutungen, die sich bei N. auch auf das Strukturell-Theologische in der Politik dort erstreckt, wo man es (seit Carl Schmitt zumindest) vermuten würde. Die Tugend, Fragen nach der Logik politischen Handelns offen zu halten in einem weiten Horizont, kann N.s Darstellung jedenfalls nicht abgesprochen werden.

Die jeweils knappe Einführung in formgebende Denker (ergänzt durch eine repräsentative Auswahl der Primär- und Sekundärliteratur am Ende des Buches) hat einen nicht unangenehm didaktischen Charakter, lässt das Buch aber für »Feierabendlektüre«, wie der Autor im Vorwort voraussetzen scheint, weniger geeignet erscheinen. Erfrischend ist die Erweiterung des gewohnten Kanons von Autoren. So gehört Thukydides ebenso in die Galerie wie Augustinus – beide übrigens Autoren, die in der Hybris des Menschen die große Gefahr des politischen Handelns sehen. Die Hinweise auf Tocqueville sind hilfreich. Voegelin bekommt die verdiente Lehrbuchanerkennung. Die erweiterte Einbeziehung der angelsächsischen Tradition trägt der Weltlage Rechnung. Sie lässt jedoch den ausdrücklichen Hinweis auf das Spezifische dieser Tradition vermissen: die Berücksichtigung der Interessenlagen

und der sozialen Differenzierungen, die im parlamentarischen System zu einem status quo der Labilität führt: Der permanenten Unruhe entspricht eine gewisse Stabilität der Rahmenbedingungen.

Da N.s Darstellung keine Reflexion auf die Motorik der technologischen Entwicklung und deren mediale Transportation und Rückkopplung (etwa im Sinne Luhmanns) verschwendet, ist ein Blick auf die innere Gefährdung des Politischen der Moderne nicht durchgängig erkennbar – obschon sich der Autor bewusst ist, »wie brüchig das Ordnungsverständnis der Moderne ist« (S. 156). Zuversicht und Skepsis – wie N. im Kontext von Michael Oakeshott betont – prägen das europäische politische Denken. Daher gilt: »Jede Politik hat immer (mindestens) eine Alternative« (S. 176).

Die Intentionen der Darstellung sind grundsätzlich zu begrüßen. Da eine Sicht auf den inneren Zusammenhang im Gang durch unsere Denkgeschichte fehlt, bleibt die Darstellung an Ergebnissen fixiert, auch dann, wenn diese etwa im Blick auf Hegel und Kant nicht befriedigen – angesichts der totalisierenden Aspekte der Politik im 20. Jahrhundert. (Hier hätte eine Darstellung von H. Arendts Position nicht geschadet.) Kann man zur Geschichte politischen Denkens Stellung nehmen, ohne die Verwobenheit dieses Denkens mit der jeweils gegebenen politischen Lage anzudeuten? Sofort erkennt man die Grenzen des politischen Denkens – sieht man Hobbes zusammen mit Cromwell, die Formulierung der Menschenrechte im Blick auf den Terror.

Der Arglosigkeit in der Aneinanderreihung von Inhalten politischen Denkens entgeht denn auch zuweilen Entscheidendes: Rousseau tritt zweimal auf, als Naturbegeisterter und als Protagonist des Allgemeinen – und das verhindert eine angemessene Sicht auf den Robespierre in Rousseau, eine Beurteilung des terreure. Gewiss ist Nietzsche kein politischer Denker in einem professionellen Sinne. Sein durchaus ambivalenter Einfluss auf politisches Denken als Hintergrundsphä-

nomen des 20. Jahrhunderts und darüber hinaus ist jedoch unbestritten und bedarf der Erörterung. Habermas, ein Quasi-Kantianer im Zeichen des amerikanischen Parlamentarismus, entgeht angesichts seiner engführenden Identifizierung von Öffentlichkeitsfähigkeit und Diskursöffentlichkeit einer Würdigung, die die Ambivalenz seiner Position aufzeigt. Im Rahmen der Intention des Buches wäre darauf hinzuweisen, dass Habermas von einer Gesamtsicht des Politischen weit entfernt ist – bedenkt man, dass »der Andere« (zumal in einem multikulturellen Kontext) keineswegs von vornherein selbstverständlicher Diskurspartner ist. Anlässlich der Darstellung von C. Schmitt wäre es gut gewesen, auf die Grenzen der politischen Theologie hinzuweisen. Ein Rekurs auf Augustin hätte in diesem Zusammenhang helfen können. Dies auch im Blick auf die Beurteilung des strukturell-theologischen Charakters der modernen Auffassung von Politik: Erst die in der tridentinischen Kirche vollzogene Abkehr von Augustin ermöglichte den kirchlichen Barocktriumphalismus einerseits, eine eigendynamische Wucherung des Bösen in der *civitas terrena* andererseits. Gelegentlich stört die Wortwahl: Es erscheint hart, über »die metaphysische Existenz Gottes und seiner Spielregeln« zu sprechen. Ist Gott Wittgenstein unterworfen? Machiavell und Bodin – sind sie »doktrinär« im Sinne der 1968-er? Wie könnte man bei Machiavell »eine Letztbegründungsperspektive« erwarten? In welchem Sinne sind Utopien »Spiegelbilder«?

Die Politik ist zu wichtig als sie einem Galerie- oder Archäologiemuseumsbesuch zu überlassen. Die grundsätzliche Gefährdung unseres politischen Zeitalters, die Max Weber in der Sicht auf die drei Herrschaftsformen benannt hat, ist ungebrochen. Impulse zu einer Reflexion des Politischen mitten im Zeitgeschehen dürften in einer Einführung ins Politische nicht fehlen. Wir haben Perspektive genug, um zu erkennen, dass es typische politische Konstellationen und Gefährdungen gibt. Zeigt sich Neues, so müsste es exakt in seinem Neusein benannt werden – eine Aufgabe des politischen Denkens.

Salzburg

Helmut Kohlenberger

Rudolph W. GIULIANI / Ken KURSON: Leadership. Verantwortung in schwieriger Zeit. Meine Prinzipien erfolgreicher Führung. München 2002. C. Bertelsmann. 416 S., 23,55 EUR.

Memoiren von Politikern sind eine problematische Gattung der Literatur – der Politiker stellt sein Handeln und Denken unter dem Aspekt der Rechtfertigung nochmals vor die Öffentlichkeit. Ohne umfassende Beiziehung anderer Quellen muss der Leser daher größte Vorsicht bei der Übernahme von Darstellungen und Interpretationen walten lassen. Gründet der entsprechende Politiker dann auch noch, wie der ehemalige Bürgermeister von New York, Rudolph Giuliani, eine Beratungsfirma, wird man nicht fehlgehen, dass ein entsprechendes Buch auch Teil der für solche Tätigkeit nötigen Selbstwerbung ist. Zumal dann, wenn sich dieses Buch mit dem Titel »Leadership« präsentiert und – zumindest mit seinen deutschen Untertiteln – deutlich auf den Managermarkt rechnet. Gleichwohl: Giulianis Opus ist ein beachtenswertes Buch, das auch für die Politikwissenschaft höchst lehrreich ist. Sowohl Platon wie Aristoteles hatten in ihre politikphilosophischen Reflexionen die Frage nach dem Staatsmann und den Prinzipien seines Handelns aufgenommen. Insbesondere Aristoteles ordnete die Staatskunst der *Phronesis* zu, dem klugheitsgeleiteten Handeln, das sich nicht operationalisieren lässt, gleichwohl für ein gelingendes Zusammenleben in politischen Ordnungen von existenzieller Bedeutung ist. Der Staatsmann mag noch so richtige und hehre Prinzipien besitzen; versagt er in der konkreten Situation, zumal des Ernstfalles, ist großer Schaden für viele Menschen die Folge. Die Frage nach der Möglichkeit einer Erziehung und Bildung guter Staatsmänner ist daher eine wichtige, wenn auch meist vernachlässigte Dimension der Politik und ihrer Wissenschaft (vgl. Platon, *Alkibiades I*, 118b4–119a7 etc.). Indem Giuliani es als das Wichtigste in einer erfolgreichen Führungsposition betrachtet, gute Entscheidungen zu treffen (S. 142), greift er das aristotelische Verständnis von *Phronesis* auf und zeigt, wie solche Entscheidungen unter den Bedingungen moderner politischer und Verwaltungsstrukturen mög-

lich sind. Giulianis Buch ist selbst ein Beitrag zur Erziehung von Staatsmännern, denn für diese sind gute Vorbilder unverzichtbar, wie Giuliani am Beispiel seiner intensiven Beschäftigung mit Churchill illustriert, die ihm bei der Bewältigung der Zeit nach dem Terroranschlag half (S. 314–317).

Giuliani beginnt und beendet sein Buch mit der Schilderung seiner Erlebnisse eines eben solchen Ernstfalles, wie er extremer kaum vorstellbar ist, nämlich dem Attentat am 11. September 2001 in New York. Er legt eindrucksvoll dar, was zu organisieren war, und versucht aufzuzeigen, wie die von ihm angewandten Führungsprinzipien sich an diesem Fall bewährten, was gelegentlich im Verlaufe des Buches aufgegriffen, im Schlusskapitel nochmals vertieft wird. Mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, möglichen bioterroristischen Attentaten überlegt und koordiniert zu begegnen, ist die staatsmännische Verantwortung für den ausreichenden Schutz der Bevölkerung deutlich benannt – auch unangenehme Eventualitäten müssen nüchtern und realistisch einkalkuliert werden. Das Buch folgt im weiteren einem Katalog von Maximen und Sentenzen, die sodann gleichsam im Stile klassischer Klugheitslehren à la Gracián anhand praktischer Beispiele aus Giulianis Karriere (auch aus der Zeit als Jurist vor 1993) veranschaulicht werden und dadurch ihre Plausibilität gewinnen. Auch wenn einige Grundsätze für sich genommen trivial erscheinen mögen, seien doch die Kapitelüberschriften zitiert: Das Wichtigste zuerst; Gewissenhafte Vorbereitung; Jeder ist verantwortlich, jederzeit; Sich mit erstklassigen Leuten umgeben; Abwägen und entscheiden; Wenig versprechen und viel halten; Überzeugungskraft entwickeln und vermitteln; Sein eigener Herr sein; Kardinaltugend Loyalität; Hochzeiten ein Kann, Beerdigungen ein Muss; Dem Missbrauch von Macht entgegenzutreten; Lebenslanges, selbständiges Lernen; Zielorientierte Organisationsstrukturen schaffen; Nur solche bestechen, von denen man etwas dafür bekommt (was cum grano salis zu nehmen ist). Giulianis Buch zeigt, dass jeder dieser Punkte für erfolgreiche Politik von Belang ist und durch Habitualisierung mittels klarer Verantwortlichkeiten unterstützt werden kann. Der Vorwurf der Trivialität erübrigt

sich, weil Giuliani oftmals beobachten musste, dass Führungskräfte gerade scheinbar triviale Prinzipien sträflich vernachlässigten (vgl. S. 185). Am Beispiel der Polizeiarbeit New Yorks, die während der neunziger Jahre zu einem drastischen Rückgang der Kriminalitätsrate führte (u. a. zwei Drittel weniger Morde), erläutert Giuliani seine Führungsmethode. Durch regelmäßige Treffen in kurzen Abständen sowie die Einführung eines Datenverarbeitungssystems wurde ein Leistungsbild einzelner Polizeireviere abrufbar, für das sich die Revierleiter jeweils zu verantworten hatten. Der Informationsaustausch führte aber auch dazu, dass erfolgreiche Methoden leichter von anderen kopiert und verbessert werden konnten. Exemplarisch für Führungspersonal ist hier vor allem die grundsätzliche Haltung Giulianis, der sich nicht mit dem üblichen zynischen Achselzucken damit abfindet, dass es eben soundsoviel Kriminalität gebe, woran sich deshalb auch nichts ändern lasse – die Ausrichtung der Kriminalitätsbekämpfung an der sogenannten »Broken Windows«-Theorie durch die Ahndung sogenannter Kleinkriminalität zeigte überzeugend, dass dies nicht zutrifft.

Giuliani schuf durch tägliche Treffen der Behördenleiter die wichtige Möglichkeit, jederzeit Anliegen und Probleme dem Bürgermeister vortragen zu können, wodurch die personale Verantwortung der Zuständigen gestärkt wurde, ebenso wie das Bewusstsein des eigentlichen Zweckes der jeweiligen Behörde. So beeindruckend die Erfolge der Verwaltungsreform Giulianis sind – in Deutschland wäre sie in dieser Form wohl nur schwer durchführbar, denn Giuliani war es z. B. möglich, nach der Amtsübernahme diejenigen Behördenmitarbeiter auch auf höheren Leitungsebenen zu entlassen, die die neuen Strukturen ablehnten. Führungsmöglichkeiten hängen also auch von Rahmenbedingungen ab, die nicht ohne weiteres zu ändern sein dürften.

Giulianis Buch zeigt einen pragmatisch orientierten Politiker, der zugleich an seinen als gut erkannten Prinzipien festhält; es enthält eine Fülle anregender Überlegungen, die das Verständnis für politische Vorgänge zu vertiefen geeignet sind. Man mag sich stören an amerikanischen Naivitäten der Art, »dass

es wirklich böse Menschen gibt«, als welche nämlich solche gelten, »die unsere Werte nicht teilen«; doch fällt dies gegenüber dem Sachgehalt des Buches kaum ins Gewicht (S. 356). Giulianis Memoiren knüpfen gleichsam an das Bestreben Plutarchs an, durch Vorstellung großer Männer deren Tugenden auf uns einwirken zu lassen; sie sind ein Lehrbuch der Regierungskunst, das man gelesen haben sollte.

Berlin

Till Kinzel

Reinhard MEHRING (Hg.): *Carl Schmitt: Der Begriff des Politischen. Ein kooperativer Kommentar*. Berlin 2003. Akademie Verlag. 252 S.

Carl Schmitt, dieser Stachel im Fleisch Nachkriegsdeutschlands, lässt nicht locker – selbst aus der sicheren Distanz textgeschichtlicher Betrachtung. Hat er doch die Erfahrung der Kriegs- und Zwischenkriegszeit, die er mit Martin Heidegger, Ernst Jünger teilte und die den mit später Geburt Begnadeten erspart blieb, noch in der Zeit nach 1945 wortmächtig zur Sprache gebracht. Das geht nicht ohne Verständnisschwierigkeiten. Die »unmittelbare Evidenz«, die Ernst Jünger nach Lektüre des »Begriffs des Politischen« 1930 bescheinigte, will sich heute nicht ohne weiteres einstellen. Diejenigen, die dieser Evidenz im Kontext von Benjamin-Thesen in einer Neulektüre, ausgehend von Jacob Taubes oder neuerdings Giorgio Agamben erliegen, gehören einer anderen Klientel an als die, die diesen Band mit seinen 14 Kapiteln im Sinne einer sachlich-ruhigen Einführung in Schmitts »Vom Begriff des Politischen« (Ausgabe von 1963, die den Text von 1932 mit neuem Vorwort, Korollarien und Hinweisen ergänzt) verfasst haben. Obschon die Kapitel von jeweils anderen Autoren verfasst sind, hat man den Eindruck einer Monographie.

Der unlösliche Zusammenhang der *auctoritas* mit der Selbstbehauptung des Staates gegenüber einem »absoluten Feind« steht hier im Zentrum des Politischen, das im *ius belli* in äußerster Konsequenz formuliert ist – also eine nicht hinterfragbare existenzielle Situation, die den Ernst des Politischen im

Ganzen, selbst in weniger dramatischen Umständen, prägt. Mit G. Roellecke kann man davon sprechen, Schmitt sei in einer Argumentation, in deren Zentrum der Tod steht, gefangen. Auch ist das semantische Feld von Feind- und Gegnerschaft ungenügend beleuchtet (vgl. W. Nippel). Die Erinnerung an den Ernstfall macht ohnehin nicht beliebt. Dass Schmitt Wesentliches berührt, zeigt sich aber in der nicht nachlassenden Rezeption seiner Thesen. Die kurzschlussartig anmutende Fixierung auf Extremlagen, die zu einer existenzialen Ontologie führt und Freundschaft als Kategorie vergessen lässt (worauf V. Gerhardt hinweist), entspricht nicht dem Abonnement auf Schönwetterlagen in unserer Politik der technisch-ökonomischen Utopie. Seit dem 11. September 2001 wissen wir, dass dieses Abonnement kündbar ist. Schmitts Aktualität muss man nicht herbeireden. Sie ist ebenso evident wie die Möglichkeit direkter Gewalt inmitten einer den Pazifismus skandierenden Gesellschaft, die den politischen Gegner zum Verbrecher erklärt. Umso wehrloser sind wir gegenüber dieser Lage, als uns der »religiöse Schlussstein« abhanden gekommen zu sein scheint, den wir kirchlicher Autorität verdanken.

Auch in unserem Band bleiben viele Fragen nach der staatlichen Autorität offen – nicht nur im Blick auf Schmitt, dem es glänzend gelang, die politische Form der römischen Kirche darzustellen und den modernen Staat als Ersatz einer *ecclesia triumphans* zu sehen, der jedoch weitgehend ununtersucht lässt, wie diese Autorität begründet ist und in welchem Verhältnis sie zur Gewalt vormoderne Politik steht. Die augustinische Disposition zweier *civitates*, die sich in der Kirche treffen, tritt nicht in den Blick. Zu Recht bemerkt H. Ottmann, dass Schmitt Kirche und Theologie für seine Politikauffassung in Anspruch nimmt, ohne sich um deren eigene Bedeutung zu scheren. Diese Usurpation wirkt sich in der Staatskonzeption voll aus. Schmitts Hobbesdeutung zeigt, dass jede politische Umsetzung der christlichen Wahrheit »den rein politischen Sinn des geistlichen Entscheidungsanspruchs« enthüllt (S. 199). Die *lex naturalis*, jenes Transformationspotenzial, das den universalisierenden Ausgriff der Kirche des Mittelalters in die Neuzeit transportierte, kommt erst gar nicht in den

Blick. Und die Subsidiarität wird eher beiläufig behandelt (S. 194).

Dass Freiheit, wie Schmitt lakonisch feststellt, »nichts konstituiert«, ist eigentlich selbstverständlich. Als Grenze der Politik ist sie jedoch unverzichtbar. Schmitt hat den Primat der Exekutive, damit indirekt auch die Faktizität des totalitären Staates, festzuschreiben versucht. Da der Staat als Schutzmacht gegenüber seinen Untertanen im 20. Jahrhundert total versagt hat, fällt jede Legitimierung aus dieser Sicht weg. Richtig bleibt indes, dass eine Selbstlegitimation bzw. Selbstorganisation der Gesellschaft im Sinne ökonomisch-technischer Zwecksetzungen nicht ausreicht. Die Inhaltsleere liberaler Ethik macht diese zu einem Vehikel des Opportunismus und zeigt so, dass sie Nachvollzug technischer Vorgaben aus Interessenlagen gesellschaftlich relevanter Gruppen ist – Verbindlichkeit entsteht dadurch nicht. Die Leere bleibt – und das Postulat zu zeigen, »wie individuelle Freiheit Grundlage von Herrschaft und Herrschaft Grundlage individueller Freiheit sein kann« (Chr. Gusy, S. 155).

Damit sind wir bei der Herausforderung aller Traditionen durch die Faszination der Technik. Schmitt hat das Problem benannt, den neutralisierenden Grundzug der Moderne erkannt, zugleich das Paradox, dass Technik nicht neutral ist, »weil sie jedem dient« (S. 162). Sie bringt es zu keiner politischen Gestaltung. Dies wird im Kontext der Globalisierung brisant, in der die Vielgestaltigkeit der internationalen politischen Realität medial auftritt und Berücksichtigung der Gleichzeitigkeit ungleichzeitiger Kulturen verlangt. H. Hoffmann vermisst zu Recht einen adäquaten Ansatz hierzu in Schmitts Konzept des »Pluriversum«.

Schmitt bringt keine Lösungen, stellt Aporien in den Raum. Sie werden oft genug durch Schmitts Rhetorik und seinen Willen zu politischer Aufklärung verdeckt. Gelegentlich findet der Leser unseres Bandes Hinweise auf Schmitts »Begriffsmythologie«, die Scheinstringenz seiner Gedankenführung. Der kulturelle und zeitgeschichtliche Kontext seiner Aussagen wird kein eigentliches Thema, die Zeitgenossenschaft mit M. Weber, H. Ball, H. Kelsen, E. Voegelin hier und da gestreift. Über einen »eher skeptischen Befund« (S. 8) gelangen wir wohl nicht hinaus. Gleichwohl bleibt

Carl Schmitt angesichts der Thematisierung einer unbewältigten Problemlage ein steinerter Gast.

Salzburg

Helmut Kohlenberger

Raif Georges KHOURY (Hg.): Averroes (1126–1198) oder der Triumph des Rationalismus. Internationales Symposium anlässlich des 800. Todestages des islamischen Philosophen. Heidelberg 2002. Universitätsverlag C. Winter. 383 S. 48,- EUR.

Der vorliegende Sammelband enthält Beiträge eines Symposiums auf deutsch, französisch, italienisch sowie arabisch (selbst die letzteren, z. B. über Averroes als Jurist oder als Kommentator der »Poetik«, bedauerlicherweise ohne jede Zusammenfassung, so dass der Rezensent sie nicht konsultieren konnte). Die Auseinandersetzung mit Averroes findet heute nach Jahrhunderten der Vernachlässigung auch wieder in der arabischen Welt statt, die in diesem Philosophen einen Gewährsmann für die Möglichkeit besitzt, rationales philosophisches Denken mit den Ansprüchen der Religion in Einklang bringen zu können. Wenn heute das Denken des Averroes wieder aufgegriffen wird, bedeutet dies nichts Geringeres als eine Revision des Sieges von Al-Ghazali, der als Theologe der philosophiekritischen Orthodoxie die Inspiration der griechischen Philosophie aus dem Islam ausscheiden wollte – mit bis heute reichenden Nachwirkungen.

Zwar kommentierten die arabischen Philosophen zahlreiche Schriften des Aristoteles, doch die »Politik« war nicht darunter – ein möglicher Grund dafür, dass im Bereich des Islam ein naturrechtliches Denken neben der Scharia, wie es scheint, nicht wirklich entwickelt werden konnte? Anknüpfungspunkte gab es gleichwohl, wie sich am Beispiel des Averroes-Kommentars zur Nikomachischen Ethik zeigen lässt. Exemplarisch sei daher kurz auf den Beitrag R. Lambertinis zur Frage der Rolle des Averroes in der praktischen Philosophie des Spätmittelalters hingewiesen. Der Ethik-Kommentar war im lateinischen Abendland schon im 13. Jahrhundert in Übersetzung greifbar; die arabisches Originalversion ist verloren. Vor der

Übersetzung Grossetestes diene der Averroes-Text als Aristoteles-Ersatz; textkritische Untersuchungen zeigen jedoch, dass Einflüsse eher marginal zu Buche schlugen. Fazit: Konkrete rezeptionsgeschichtliche Untersuchungen sind nötig, um die Rolle des Averroes in der spätmittelalterlichen praktischen Philosophie genauer zu bestimmen.

Der Versuch, Averroes unter den Bedingungen der Moderne bzw. Postmoderne als Denker ernst zu nehmen, verdient Aufmerksamkeit. Nicht zuletzt dürfte die Möglichkeit zu einem friedlichen Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunftskulturen neben anderen Faktoren davon abhängen, ob es dem Islam *auf breiter Front* gelingt, den Wiederanschluss an die im Mittelalter brutal unterdrückten aufklärerischen Tendenzen innerhalb seines Kulturkreises zu gewinnen und dies politisch wirksam werden zu lassen. Mit anderen Worten: Die Relativierung des lebensweltlichen Absolutheitsanspruches der Gesetzesreligion durch ihre rational-philosophische Auslegung, die von Averroes ermöglicht wurde, muss dem archaischen Weltbild eines islamischen Fundamentalismus entgegengestellt werden, der durch keinerlei kritisch-historische Philologie hindurchgegangen ist und dessen Unverträglichkeit mit dem modernen Verfassungsstaat keinem ernsthaften Zweifel unterliegen kann.

Berlin

Till Kinzel

Günter ROHRMOSER: *Nietzsche als Diagnostiker der Gegenwart*. Hg. von Michael Grimminger. München 2000. Olzog Verlag. 422 S. 39,90 EUR.

Der vorgelegte Band fasst Vorlesungen von Günter Rohrmoser zusammen, die zwischen 1981 und 1996/97 gehalten und auf Tonbändern mitgeschnitten wurden. In 42 Kapiteln wird das Nietzsche-Bild Rohrmosers entfaltet, und zwar bezogen auf die Entwicklung des jungen Nietzsche (*»Unzeitgemäße Betrachtungen«* und *»Geburt der Tragödie aus dem Geiste der Musik«*), des mittleren Nietzsche (*»Morgenröte«*, *»Fröhliche Wissenschaft«*) und des späten Nietzsche (*»Ge-*

nealogie der Moral«). Rohrmoser sieht die heutige Zeit als diejenige an, in der die Verfallsprognosen des Röckener Philosophen Wirklichkeit geworden seien. Mit Verfall sei der Verfall der Kultur gemeint sowie die Unfähigkeit, das Problem einer geistigen Not überhaupt empfinden zu können. Nihilismus sei das Kennzeichen unserer Epoche, und Nietzsche habe dessen Hereinbrechen im Gefolge des Zugrundegehens des Christentums vorhergesehen.

Entsprechend lautet die These Rohrmosers (S. 14), dass wir heute in einer Nietzsche-Kultur leben. Dies will der Autor näher begründen. Dabei soll die Interpretation der Schriften Nietzsches mit einer Analyse der aktuellen geistig-kulturellen Lage Hand in Hand gehen. Rohrmoser verarbeitet das Denken Nietzsches sehr engagiert und für den Zuhörer, so ist zu vermuten, in einer lebendigen Art und Weise, wenngleich die konservative Polemik manchmal über das Ziel hinausschießt. Was ist also das Problem, das Nietzsche bis zu seinem Lebensende beschäftigt hat? Im Wesentlichen liegt dies im Zerfall des christlichen Gottesglaubens, im Niedergang einer sinnstiftenden Kultur, die den Menschen die grundlegende Frage *»Wozu leiden? Wozu Menschsein?«* nicht mehr beantworten kann. Dabei geschieht die Destruktion nicht von außen, sondern aus einem ins Absolute gesteigerten Wahrheitsanspruch der abendländischen Metaphysik heraus. Das, was das Dasein einst rechtfertigte, trägt gleichzeitig zu ihrer Zersetzung bei. Nietzsche thematisiert bereits in der *»Geburt der Tragödie«* die Tatsache, dass die wissenschaftliche Wahrheit an die Stelle der religiösen Wahrheit getreten ist: Die moderne Wissenschaft definiert die kausal-mechanistischen Bedingungen unseres Lebens, kann aber dem menschlichen Dasein kein Ziel geben, d. h. kein Telos, zu dessen Gunsten egoistische Kosten-Nutzen-Kalküle zurückgestellt werden. Nietzsche sieht den modernen Menschen einer grausamen Natur ausgesetzt, in welcher das atomisierte Individuum das Vergessen sucht. Für Nietzsche ist dies, erläutert Rohrmoser (S. 72), kein politisch zu lösendes Problem. Politik kann die Grundprobleme des menschlichen Daseins überhaupt nicht lösen. Dazu ist nur eine kulturelle, philosophische Gesetzgebung im-

stande. Rohrmoser versteht mit Nietzsche das Politische vornehmlich als Herrschaftstechnik, die aus der großen philosophischen Setzung resultiert. Im Unterschied zu Nietzsche bezweifelt allerdings Rohrmoser die Sinnstiftung des Lebens mit dem »Willen zur Macht« und spricht sich für eine »Apologie des Christentums« (S. 415) als Therapievorschlag aus. Nietzsches Vernichtungsschlag gegen das Christentum sei zu radikal, deshalb müsse die Philosophie sich des Christentums (wie schon einmal in der Spätantike) wieder annehmen. Wie dieser Ansatz aussehen soll, wird in dem vorliegenden Buch nicht mehr ausgeführt.

Statt dessen wird sehr klar gezeigt, was passiert, wenn die kulturlosen und dekadenten Massen nur noch den Wunsch nach Trieb- bzw. Bedürfnisbefriedigung haben. Es entsteht dann nämlich reine Barbarei, wovon die Menschen aber erlöst werden wollen (S. 103). Das Erlösungsstreben tendiert zu Wahnvorstellungen. Eine der vielen Wahnvorstellungen des 20. Jahrhunderts ist, so Rohrmoser weiter, der Feminismus, »weil dessen Sicht der weiblichen Natur von einer solchen Trivialität und Oberflächlichkeit ist, daß sie überhaupt nicht wissen, wovon sie reden, wenn sie von der weiblichen Natur und von der Frau reden. (...) Traurig ist dabei nur, daß die Frauen, wenn sie aus diesem Wahn erwachen, feststellen werden, daß es dann keine Männer mehr gibt« (S. 103 f.). Auch wenn man hier dem Autor zugute hält, in einer Vorlesung provokant und polemisch wirken zu wollen, können derartige Äußerungen ohne nähere Begründung nur als Abstrusität gewertet werden, die die sonstigen Analysen des Autors zum Werk Nietzsches leider sehr ungünstig kontrastieren. Das methodisch gewollte Heranziehen von Beispielen der heutigen Kulturkrise unterbricht und verwischt zuweilen (wie oben zitiert) den rekonstruierenden Gedankenfluss, der die Vorlesungen ansonsten kennzeichnet. Nicht gerade förderlich sind in diesem Zusammenhang die zahlreichen Druckfehler (Beispiel: S. 357 Zeile 26, Sklavenaufstand statt »Sklavenstand«; S. 295 f.: Der Abdruck des Aph. 377 aus der »Fröhlichen Wissenschaft« ist besonders hinsichtlich der vielen Anführungszeichen verwirrend).

Relativ breiten Raum nimmt bei Rohrmoser die Interpretation der Aphorismen 124 und 125 aus der »Fröhlichen Wissenschaft« ein. Bevor Nietzsche den toten Menschen den Tod Gottes verkünden lässt, konstatiert er einen Zustand, in dem das Christentum nur noch als Moralismus der Resignierten besteht, ohne Substanz inmitten einer Welt, die die Brücke zur Tradition der alten europäisch-abendländischen Weltordnung abgebrochen hat (S. 277). Vor uns liegt der »Horizont der Unendlichkeit«, dem wir uns auf einem Schiffelein nähern. Es gibt nichts Furchtbarereres als die Unendlichkeit. Anders als die Verkündigung des Neuen Testaments und anders als die Aussagen bei Paulus, wonach »die Gestalt dieser Welt vergeht, d. h. daß alles ein Ende haben wird« (S. 278), hat die Geschichtsphilosophie für Nietzsche nun keine Bedeutung mehr. Sodann kommt der »tolle Mensch«, der gegen die etablierte Vernunft antritt und öffentlich den Tod Gottes verkündet: »Wir haben ihn getötet, ihr und ich! Wir alle sind seine Mörder! Aber wie haben wir dies gemacht? Wie vermöchten wir das Meer auszutrinken? Wer gab uns den Schwamm, um den ganzen Horizont wegzuwischen? Was taten wir, als wir diese Erde von der Sonne losketteten?« (Aph. 125).

Rohrmoser setzt zu einer lesenswerten Deutung an, in welcher er betont, dass mit dem Tod Gottes das »Hereinholen der Unendlichkeit des göttlichen Seins in eine konkrete Gestalt« beendet ist (S. 281). Es bedeutet den Untergang der Kultur. Nietzsche hebt diesen Vorgang durch das Bild von der Sonne noch mehr hervor. Rohrmoser verweist auf Platons »Politeia« und das Höhlengleichnis. Bei Platon steht die Sonne für die (absolute) Idee des Guten, die Idee der Ideen. Nach dem Tod Gottes fehlt es an der Idee des Guten; es gibt keinen »transzendentalen Maßstab« (S. 281) mehr für das Bestimmen des Guten und Schlechten. Platon verstand unter der Idee des Guten die Bedingung der Möglichkeit alles Seienden; sie existiert selbst jenseits des Seins und ermöglicht »alles Sein und Erkennen, so wie auch die Sonne alles wachsen lässt und man ohne die Sonne nichts sieht und erkennt« (S. 282).

Rohrmoser bezieht Nietzsches Bild von der Sonne auf den rationalen Gott der Philo-

sophen, nicht auf den biblischen Gott. Diese Trennung erscheint indes religionsgeschichtlich etwas gekünstelt, da die Verheißung des Neuen Testaments es doch war, die die Gläubigen infolge der ausgebliebenen Parusie nach der Wahrheit des Glaubens fragen ließ und danach, wie die christliche Lehre überhaupt noch zu verstehen sei, wenn das Dasein antwortlos bleibt: Es sind dann die vernunftgestützten Interpretationen der Antike, die aufgegriffen und für das historische Christentum nutzbar gemacht werden. Diese Erklärungen sowie die daraus abgeleiteten philosophischen Entwürfe des Mittelalters und der Neuzeit versagen schließlich. Hieraus zieht Nietzsche in seinem Aph. 125 die Konsequenz, die Rohrmoser dann wieder richtig herausstreicht, dass die Wahrheitsfrage nicht mehr beantwortbar ist. Mit dem Ende des Platonismus ist auch das Ende der Metaphysik eingetreten. »Iren wir nicht wie durch ein unendliches Nichts?« (Aph. 125).

Nietzsches Frage bzw. Feststellung bedarf natürlich der weiteren Erläuterung. Wie konnte es zum Nihilismus, dem Verlust des Inhalts unseres Daseins, kommen? Leitend für die Überlegungen Rohrmosers ist die Tatsache, dass Nietzsches Denken bis zum Schluss religiös motiviert war. Der Gedanke an den christlichen Gott war aber unglaublich geworden, weil jegliche religiöse Forderung an den Menschen, die auch zugleich einen moralischen Anspruch beinhaltet, nicht mehr ausreicht, um das Leiden in einer grausamen Welt und die Hoffnung auf Erlösung zu rechtfertigen. Durch die christliche Moral ist den Menschen ein solcher hoher Grad an Gewissenhaftigkeit und Wahrhaftigkeit mitgegeben worden, dass sich diese Kraft schließlich gegen ihre eigenen Überzeugungen wendete (S. 317). Der Nihilismus ist für Nietzsche »eine Konsequenz des Endes der Metaphysik und die Konsequenz der Metaphysik selber« (S. 324). Mit den Grundkategorien der Metaphysik, d. h. Einheit, Moralität und Wahrheit, wird eine kritisch-moralische Kraft entfaltet, die die Destruktion derselben Grundkategorien vollzieht. Also das, was kritisiert, ist selber das Produkt dessen, was es kritisiert. Die intellektuelle Redlichkeit, die die unlegitimierbaren religiösen Ansprüche eines von Luther erneuerten bzw. verschärften »credo

quia absurdum« – Rohrmoser spricht vom »Trotzdem« des Glaubens (S. 261) – mit dem Willen zur Wahrheit als ihr Ideal einzulösen trachtet, hat die Unlimitierbarkeit dieser absoluten Ansprüche zur Folge: »Der unbedingte redliche Atheismus (...) steht demgemäß nicht im Gegensatz zu jenem Ideal, wie es den Anschein hat; er ist vielmehr nur eine seiner letzten Entwicklungsphasen, eine seiner Schlußformen und inneren Folgerichtigkeiten; er ist die Ehrfurcht gebietende Katastrophe einer 2000-jährigen Zucht zur Wahrheit, welche am Schlusse sich die Lüge im Glauben an Gott verbietet« (Genealogie der Moral, Abschn. 27).

Rohrmoser schneidet in seinen Vorlesungen diese Zusammenhänge einleuchtend an. Hätte er die Studien von Gerd-Günther Grau herangezogen, wäre ihm aber wahrscheinlich aufgefallen, dass die absolut gesetzte Philosophie Nietzsches gerade aus der religiösen Frage heraus durch die kritische Philosophie Kants ermäßigt werden kann und so den Blick auf die kulturellen Phänomene unserer Zeit weniger so beeinflusst, als könnten *diese* Phänomene überwiegend als Beleg für den Nihilismus dienen. Rohrmoser nutzt den Sog des Nihilismus, um die ihm nicht genehmen linkstheoretischen Entwürfe verabschieden zu können. Wenn er z. B. sagt, »die radikale Autoritätskritik der 68er Revolte könnte (...) einst als der Anfang vom Ende der Bundesrepublik interpretiert werden« (S. 252), wendet er die absolut setzende Denkbewegung Nietzsches an, ohne diese selbst einer entschiedenen Kritik zu unterziehen, wobei dann im Ergebnis gar nichts anderes als Verfallsprozesse übrig bleiben. Auf diese Weise wird die These, dass wir in einer Nietzsche-Kultur leben, vorwiegend bewiesen und recht geschickt im Verlauf einer oft zutreffenden Referierung nietzscheanischer Denkmotive vorantransportiert.

Es ist nicht zwingend, unsere Zeit als Nietzsche-Kultur zu bezeichnen. Nehmen wir die Überlegung, der Nihilismus habe als »Logik des Schreckens« die Entfaltung des Nationalsozialismus begünstigt, und berücksichtigen wir Rohrmosers Hinweis auf Hannah Arendt (S. 308), die zu den Verbrechen des Nationalsozialismus sagte, dass uns die Kategorien fehlten, um dieses Ereignis

angemessen erfassen zu können, so war es Arendt, die eine präzise Analyse des Totalitarismus vorlegte sowie die verschüttete Tradition des Politischen als kulturelle Macht – nicht als bloßes Herrschaftsmittel – aufzuspüren versuchte und auf die heutigen Verhältnisse angewendet wissen wollte. Auch dabei spielt Kant eine wichtige Rolle. Ihre Darlegungen sind dem Nihilismus entgegengesetzt und haben heute durchaus Einfluss nicht nur in der wissenschaftlichen Welt. Das Politische ist für sie die Fähigkeit der Menschen, etwas neu interpersonal beginnen zu können, z. B. eine politische Ordnung gründen und bewahren zu können. Das ist etwas ganz anderes als Nietzsches Vorstellung von der Politik, die als Herrschaftstechnik aus der absoluten Setzung kultureller Wertmaßstäbe resultiert. Arendts Ansatz verspricht vermutlich mehr Erfolg zur Überwindung des Nihilismus als die von Rohmoser nur angedeutete »Apologie des Christentums«, wohinter sich Herrschaftsansprüche verbergen könnten, deren Umsetzung fatal wäre.

Hannover

Rainer Mieke

Peter Cornelius MAYER-TASCH / Bernd MAYERHOFER (Hg.): Porträtgalerie der politischen Denker. Bern/Göttingen 2004. Stämpfli-Verlag/Wallstein-Verlag. 328 S. 27,- EUR.

Porträts sind Kunstwerke des Individuellen und Minimalen, die mit feinen Strichen das Wesen eines Menschen aufscheinen lassen. Insbesondere durch den akzentuierenden Einsatz von Licht werden die markantesten Züge, Falten und Linien eines Gesichts, dem Leben geschuldet, entsprungen dem Nachdenken, dem Humor oder der Trauer, hervorgehoben. Porträts werden aussagekräftiger im Alter. Nicht das jugendliche Gesicht ist das interessanteste, sondern das lebensgesättigte, das auf ein Zeitalter und das eigene Werk zurückblicken kann. Wer würde sich also besser für Porträts eignen als politische Denker und Philosophen, die sich zu ihrer Zeit über das Politische, seine Formen und Zustände den Kopf zerbrochen und so die Zeitgenossen wie auch die Nachfahren bis in die Gegenwart nachhaltig beeinflusst haben.

Schon seit Jahrzehnten plante Peter Cornelius Mayer-Tasch eine solche Galerie der wichtigsten Politik- und Staatsphilosophen in Wort und Bild einzurichten, mit denen ein auf politik- und staatswissenschaftlichem Gebiet Arbeitender beständig zu tun hat. Nun ist es ihm zusammen mit Bernd Mayerhofer in der Reihe »Kleine politische Schriften« gelungen. Nicht das Großformat, nicht die »Schule der Philosophen« stand Pate, sondern die Vorstellung einer Ahnengalerie, die würdig die Wände eines Hauses ziert und zum Verweilen und Nachdenken einlädt.

Eine solche Sammlung von Miniaturen lebt von der strengen Form und der Meisterschaft der Pinselführung. Nur wer sich auf knappem Raum zu bewegen weiß, der kann Akzente setzen. Den Herausgebern ist es gelungen, Kenner und Köhner als Porträtzeichner zu gewinnen, die – angeführt von je einer Abbildung – auf jeweils fünf Textseiten ein treffendes Bild des Lebens und Werkes von 49 Männern und einer Frau in Form eines Essays entwerfen. Erstaunlich einheitlich in Form und Sprache und doch individuell mit je eigener Pinselführung entstand so eine Galerie, die zu betreten sich lohnt.

Eingerichtet ist diese im großen Haushalt des Politischen, errichtet zwischen den Polen Ordnung und Unordnung und auf den Pfeilern Frieden und Gerechtigkeit, überspannt vom Relief der politischen Ideen und Ordnungsformen, erleuchtet von Schlaglichtern bohrender Fragen wie denen nach Gerechtigkeit und Zumutbarkeit. Politische Philosophie erscheint so in den Porträts als kritisches, auf die Praxis gerichtetes Nachdenken über die Legitimität von Herrschaft. Sie hebt damit ab auf die Frage der guten, der besten Ordnung, die so alt ist wie das Zusammenleben der Menschen selbst. Nicht die Antworten sind dabei das Bleibende, die jeweils neu aus der Frage heraus gestellten Fragen sind es.

Dieses geleistet zu haben, ist bei allen Unterschieden von Epoche und Milieu das Gemeinsame und das Verdienst aller der in der Galerie Versammelten: Konfuzius, Platon, Aristoteles, Laotse, Polybios, Cicero, Seneca, Augustinus, Thomas von Aquin, Dante, Marsilius von Padua, Machiavelli, Thomas Morus, Francesco Guicciardini, Luther, Donato Giannotti, Calvin, Bodin, Bacon, Campanella, Althusius, Grotius, Hobbes,

Harrington, Spinoza, Pufendorf, Locke, Montesquieu, Rousseau, Kant, Burke, Sieyes, Fichte, Wilhelm von Humboldt, Hegel, Tocqueville, Mill, Bakunin, Lorenz von Stein, Marx, Nietzsche, Max Weber, Lenin, Carl Schmitt, Eric Voegelin, Hans Jonas, Hannah Arendt, John Rawls, Niklas Luhmann und Jürgen Habermas. Dass die Herausgeber sich nicht auf den abendländischen Kulturkreis beschränkt haben, spricht für sich.

Ein weiterer Vorzug des Bandes ist die Einleitung durch die Herausgeber, die eine gewinnbringende Abhandlung über den Nutzen politischer Philosophie und zugleich einen Führer durch die Galerie darstellt. Selbst als Miniatur angelegt, setzt der Einleitungssatz Akzente und leitet hilfreich den, der durch die Flure der Ausstellung wandelt. Aus der Hektik des Alltags mit den überlauten Forderungen der Gegenwart kommend, vermag sich der Betrachter dem Wesentlichen zuzuwenden und in der Erfahrung, dass alle Fragen schon einmal gestellt wurden, Ruhe zu finden. So gewinnt der Neuling auf dem Gebiet der politischen Philosophie einen ersten Eindruck von den Tiefen und Weiten der geistigen Räume, die sich hinter den Porträtierten auftun. Diese öffnen als Schlüsselgestalten selbst Tür und Tor im großen Haus des Politischen und der Betrachter begreift, dass es viele Zimmer im Hause des Herrn gibt. Der Kundige wiederum wird seinen Blick über die Miniaturen streifen lassen, er wird frei Porträt nach Porträt betrachten, assoziieren und kombinieren, Querverbindungen herstellen und Neues mit Bekanntem vernetzen. So ist das Buch für den Neuling von Nutzen und dem Kenner gleichermaßen Gewinn.

Die Porträtgalerie der politischen Denker uneingeschränkt zu empfehlen, fällt trotz des recht hohen Preises ob der gelungenen Essays leicht. Allein die drucktechnische Qualität mancher Abbildung und eine nicht unerhebliche Anzahl von Druckfehlern mindern den Genuss des sonst gediegen ausgestatteten Bandes, dem auch ein Verzeichnis der Autoren beigegeben ist. So ist der Galerie eine zweite Auflage zu wünschen, bei der die inhaltliche Qualität durchgängig auf die Fertigung abfärben möge.

Würzburg

Thomas Goll

Andreas BEIERWALTES: Demokratie und Medien. Der Begriff der Öffentlichkeit und seine Bedeutung für die Demokratie in Europa. 2., unveränderte Auflage. Baden-Baden 2002. Nomos-Verlag. 291 S. 44,- EUR.

Zugegeben, es klingt banal: Demokratie ist ohne Öffentlichkeit undenkbar und moderne Massendemokratie kommt ohne Massenmedien nicht aus. Doch ist es oft gerade das selbstverständlich Scheinende, was bei tiefer gehender Betrachtung gar nicht mehr so klar ist oder neu begründet werden muss.

Beierwaltes' Studie thematisiert einen solchen Komplex – einen Komplex, der zu Recht sowohl im Kernbereich der empirischen Demokratieforschung als auch der Demokratietheorie verortet ist: der Zusammenhang zwischen Demokratie und Medien. Mit seiner Arbeit hat er einen ersten Lückenschluss der (deutschen) Forschung vorgelegt, insbesondere was die theoretische Perspektive der Herrschaft durch das Volk anbetrifft.

Seine Vorgehensweise ist klar strukturiert. Nach einigen methodischen Vorbemerkungen und grundsätzlichen Zusammenhängen zwischen Demokratie und Kommunikation untersucht er im Hauptteil die drei dominierenden demokratietheoretischen Ansätze hinsichtlich der Rolle der Öffentlichkeitsdimension in ihnen. Für Beierwaltes ist es die jeweilige Bedeutung der Sphäre Öffentlichkeit, die den zentralen Unterschied in den Konzeptionen manifestiert. Während die Elitentheorie von einer »nachhaltigen und grundlegenden Skepsis gegenüber der Öffentlichkeit geprägt ist« und erst durch den Elitendiskurs Öffentlichkeit als hergestellt gilt, bezieht die Pluralismustheorie die »responsive Kommunikation« mit ein. Öffentlichkeit wird demnach auch als »autonomes Forum« gesehen, das den Gruppen zur Meinungsbildung und den Entscheidern in Parlament und Regierung als Handlungslinie dient. Die Öffentlichkeit als zentralen Ausgangs- und Bezugspunkt hat schließlich die Partizipationstheorie vorgeschlagen. Im Austausch der Argumente gilt es, eine vernünftige Entscheidung zu finden. Deren Legitimität wird durch das diskursiv angelegte Begründungsverfahren gewonnen.

Zutreffend stellt der Autor fest, dass es nicht an Demokratietheorien an sich mangelte, sondern an Theorien der Demokratie, »die sich der Tatsache bewusst sind, dass Medien in einer solchen Theorie eine nachhaltige Bedeutung zu spielen haben«. Es ist das Verdienst Beierwaltes', darauf nachdrücklich aufmerksam gemacht und weiter führende Gedanken in diese Richtung vorgelegt zu haben.

Neben der systematischen und sehr kundigen Gesamtschau der Forschungsergebnisse auf diesem Gebiet besteht ein entscheidender Vorzug der Studie darin, dass der Autor die klassischen demokratietheoretischen Ansätze mit aktuelleren Entwicklungen konfrontiert. Inwieweit das Internet zu einer neuen Qualität von Öffentlichkeit führt, ist eine der von ihm aufgeworfenen Fragen. Beierwaltes bescheidet sie abschlägig: Die »Internet-Euphorie«, die in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre auch in Teilen der Partizipationsforschung anzutreffen war, ist weitgehender Desillusionierung gewichen.

Dies bedeutet aber auch, dass dieses Medium nichts Entscheidendes zur nachhaltigen Forcierung einer europäischen Öffentlichkeit zu leisten im Stande ist. Und von einer solchen kann bisher keine Rede sein. Das Sprachproblem, unterschiedliche Medienstrukturen, fehlendes Relevanzbewusstsein stehen der Europäisierung der Öffentlichkeit im Wege. Solange aber keine europäische Öffentlichkeit existiert, fällt es schwer, von einer transnationalen Demokratie zu sprechen. Denn genau so wenig wie die nationale ist auch die grenzübergreifende Demokratie ohne Öffentlichkeit und Medien denkbar.

Tutzing

Manfred Schwarzmeier

Hans Herbert von ARNIM (Hg.): Reform der Parteiendemokratie. Beiträge auf der 5. Speyerer Demokratietagung vom 25. bis 26. Oktober 2001 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Berlin 2003. Duncker & Humblot. 178 S. 78,80 EUR.

Der vorliegende Band versammelt die insgesamt neun Vorträge samt Zusammenfassungen der jeweils anschließenden Diskussio-

nen, die auf einer Tagung unter der Ägide von Hans Herbert von Arnim gehalten wurden. Der Name von Arnims lässt aufhorchen, ist er doch mit stets scharfer Kritik an den bundesrepublikanischen Parteien und teils heftiger Gegenkritik verbunden. So ist auch der Rahmen für die Vorträge des Bandes zur Reform der Parteiendemokratie gleichsam abgesteckt: Der Titel setzt bereits die Reformbedürftigkeit voraus und identifiziert auch gleich den Bereich, in dem es hakt: die Parteien. Dem entspricht auch der Duktus der Mehrzahl der versammelten Beiträge und insbesondere der ihnen folgenden Diskussionen.

Paradigmatisch ist schon der Auftaktbeitrag von Jochen Abr. Frowein mit dem Titel »Parteienstaat in der Krise?«, der wohl die Reformbedürftigkeit aufzeigen soll. Das Fragezeichen ist bezeichnend, denn schon eingangs sieht sich Frowein gezwungen, ein gutes Funktionieren der bundesrepublikanischen Demokratie zu konstatieren. Auf der Suche nach Reformforderungen findet er lediglich den – zugegeben vorhandenen – parteipolitischen Einfluss bei der Besetzung von Richter- und Beamtenstellen, die Finanzierung von Parteiarbeit über den Umweg der Parlamentsfraktionen und die parteinahen Stiftungen, wobei er sich sogar zu der Behauptung versteigt, die Stiftungen seien »in der Lage, Karrieren praktisch von der Schule an auf Teitätigkeit zuzuschneiden« (S. 22). Anhand des Umstands, dass Quereinsteiger in Parteien nicht mit offenen Armen empfangen werden, wird sogar die Fähigkeit zur Mitwirkung bei der Willensbildung des Volkes in Frage gestellt (ebd.).

Nach dieser fragwürdigen Problemдиаgnose folgen Beiträge von Gerald Häfner, der dringend die Einführung von Volksbegehren, Volksentscheid, Kumulieren und Panaschieren fordert, um den Wählern ein Stückchen Macht zurückzugeben; von Anton-Andreas Guha, der eine satirisch-idealtypische Parteikarriere zum Besten gibt, um seine Forderung nach mehr Seiteneinsteigern in die Politik zu untermauern; von Martin Morlok, der Defizite im Recht der Parteienfinanzierung identifiziert und Reformvorschläge macht, um den Parteien bestmöglich beim Umgang mit Geld auf die

Finger zu schauen. Der Beitrag von Claus Leggewie und Christoph Bieber unternimmt schließlich eine Bestandsaufnahme der (geringen) Auswirkungen des Internets auf die Parteienwirklichkeit.

Liegt die stark parteienkritische Haltung den Vorträgen nur mehr oder weniger latent zugrunde, bricht sie in den Diskussionen mit dem Auditorium ungeschminkt hervor: Immer wieder taucht das Diktum auf, der Wähler sei zwischen den Wahlen vier Jahre lang zur Untätigkeit verdammt. Man braucht gar nicht Demonstrationen und Umfragen zu nennen, um das ad absurdum zu führen; in einer Zeit, in der selbst Kommunalwahlen zu Testwahlen für die Bundesregierung hochstilisiert und permanent Reformen mit Hinweis auf bevorstehende Landtagswahlen auf die lange Bank geschoben werden, leben Parteien und Regierungen in einem so engen Kontakt mit der Wählerschaft, dass die These von der Machtlosigkeit der Wähler als extrem einseitig zu betrachten ist. Vielleicht wäre ihr sogar provokant eine These von der mangelnden Autonomie der Politik gegenüberzustellen.

Immer wieder wird auch das Vorbild Schweiz beschworen, allerdings ohne auf die sozio-kulturellen Rahmenbedingungen und evtl. weniger wünschbare Seiten der Referendumsdemokratie einzugehen, wie geringe Stimmbeteiligung, Strukturkonservatismus und Besetzung der Regierung durch Zauberformel statt durch Wahlen. Charakteristisch ist auch das Hohelied auf den Seiteneinsteiger, der frischen Wind bringt und nicht von der Politik leben muss, folglich auch nicht an seinem Sessel klebt. Überzeugende Beispiele erfolgreicher Seiteneinsteiger hingegen sucht man vergeblich.

Hintergrund der Diskussionen ist stets das Bild von »der Partei«, die sich monolithisch von allen Einflüssen abschottet und »dem Wähler« unversöhnlich und übermächtig gegenübersteht. Dass dieser Dualismus nicht der Wirklichkeit entspricht, zeigen unzählige Studien über Responsivität und Organisationswirklichkeit politischer Parteien sowie neue Formen politischer Beteiligung und Thematisierung.

Etwas aus dem Rahmen fallen die Beiträge von Meinhard Miegel, Peter Bareis und Frank Decker, die just zum jetzigen Zeit-

punkt (Juli 2003) hoch aktuelle Fragen betreffen. Ihr Gegenstand ist allerdings weniger die Reform der Parteiendemokratie als vielmehr Reformen in der Parteiendemokratie. So beschäftigt sich Meinhard Miegel mit der Durchsetzbarkeit von Reformen des Sozialstaats in der Demokratie und kommt zu dem Schluss, dass der Sozialstaat in erster Linie ein Herrschaftsinstrument des Staates darstelle und schlicht aufhören wird zu existieren, wenn er diese Funktion in der Hand der Mächtigen nicht mehr erfüllen kann. Mit einer anderen Seite der Medaille beschäftigt sich Peter Bareis, nämlich mit der Durchsetzbarkeit von Steuerreformen in der Demokratie. Diese seien vor allem dann möglich, wenn sie von äußeren Mächten (z. B. dem Bundesverfassungsgericht) erzwungen oder durch wirtschaftliche Entwicklungen geboten sind.

Aus dem nationalstaatlichen Rahmen entfernt sich der Beitrag von Frank Decker, der die Tauglichkeit verschiedener Demokratie Modelle für die Europäische Union prüft und letztendlich ein Präsidialsystem favorisiert. Nicht nur thematisch stellt dieser Beitrag eine Ausnahme dar; er bietet systematische Argumentation, die theoretisch wie empirisch fundiert ist und auf den aktuellen Forschungsstand Bezug nimmt. Von den meisten anderen Beiträgen lässt sich das leider nicht behaupten.

Fazit: Wer seine Ressentiments gegen den »Parteienstaat« bestätigt sehen möchte, wird mit dem vorliegenden Band zufrieden sein. Wer aber eine differenzierte Auseinandersetzung mit der bundesdeutschen Parteiendemokratie sucht, muss auf andere Werke verwiesen werden.

Passau

Stefan Köppl

Rüdiger vom BRUCH / Brigitte KADERAS (Hg.): *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*. Stuttgart 2002. Steiner Verlag. 476 S. 96,- EUR.

Die deutsche Universität steht heute mitten in einem gewaltigen Strukturwandel. Man hat den Eindruck, dass sie kaum noch die

Kraft zur Steuerung dieser Entwicklungen findet. Ihre »Selbstbehauptung« steht wieder einmal auf dem Spiel. Nicht nur der alte Humboldt-Mythos ist als universitätspolitisches Orientierungsmodell fraglich geworden (dazu vgl. Mitchell G. Ash [Hg.], *Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten*, Köln 1999). Auch die neueren Gestaltungen von Universität, als »Massenuniversität« seit 1968 viel gescholten, gehen dahin. Wohin treibt die deutsche Universität? Der Universitätsgeschichtsschreibung wächst hier eine besondere Verantwortung zu. Bestandsaufnahmen mögen helfen. Der vorliegende Sammelband entwickelt eine weite Fragestellung; er dokumentiert mit knapp 40 Beiträgen unterschiedlicher Form und Länge eine große internationale Tagung über »Interaktionsmechanismen zwischen Wissenschaften und Wissenschaftspolitik im Deutschland des 20. Jahrhunderts«. Der Tagungscharakter ist schon durch drei Reden zur Eröffnung und Einleitung festgehalten. Ansonsten gliedert er sich in drei Abteilungen, wobei der Nationalsozialismus die Zäsur gibt: »Umbrüche und Neuorientierungen im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts«; »Unter dem Nationalsozialismus«; »Nachkriegszeit«. Jede Abteilung wird durch eine zusammenfassende Einführung Rüdiger vom Bruchs eingeleitet. Pointieren wir die Linie.

Der Sammelband überschreitet die universitätsgeschichtliche Perspektive und fragt nach »Formationen«: dem interaktiven »Ressourcenensemble« (M. G. Ash) von Wissenschaft, Politik und Wirtschaft. Die Jahrhundertwende gilt ihm als revolutionärer Ausgangspunkt für institutionelle Neuerungen und wissenschaftliche Neuorientierungen. Margit Szöllösi-Janze betont die innovative »institutionelle Umgestaltung der Wissenschaftslandschaft im Übergang vom späten Kaiserreich zur Republik«; Ulrich Wengenroth konstatiert eine »Selbstenthaltung des deutschen Innovationssystems« nicht erst seit 1933. Weitere Beiträge widmen sich den wissenschaftlichen Antworten und Neuorientierungen in den einzelnen Disziplinen. Gangolf Hübinger präsentiert geisteswissenschaftliche Reaktionen. Michael Heidelberg schildert die

»Weltbildveränderungen in der modernen Physik vor dem Ersten Weltkrieg« als Abkehr vom mechanistischen Weltbild und Umstellung auf eine lebensphilosophische Vorordnung des Lebens vor der Wissenschaft. Heinz Schott sondiert das resultierende »Amalgam« diverser Leitideen der »Biologisierung« des Menschen. Volker Roelcke verdeutlicht diese Biologisierung noch eingehend an der Professionalisierung der Psychiatrie bis hin zur eugenisch-psychiatrischen Erbforschung vor 1933. Michael Hau verweist dann auf gegenläufige soziale Kontexte des Biologisierungskonzepts. Ulrich Sieg beschreibt solche Kontexte minutiös an den »Kriegserfahrungen jüdischer Intellektueller im Ersten Weltkrieg«. Jonathan Harwood und Jeffrey Johnson / Roy MacLeod diskutieren die Frage, ob der Wandel von Forschungstypen als Übergang vom »Mandarin« zum »Experten« zu beschreiben sei. Gábor Ujváry stellt die starken Wirkungen Preußens auf die ungarische Wissenschaftspolitik der 1920er Jahre vor. Bernhard Brocke bietet einen detaillierten Überblick über den Aufbau und das Personal der Kultusministerien und Wissenschaftsverwaltungen im damaligen Deutschland und in Österreich. Diese Abteilung behauptet keinen direkten Zusammenhang zwischen institutionellen Umbrüchen und wissenschaftlichen Neuorientierungen; sie zeigt aber, dass eine Art Paradigmenwechsel zur »Biologisierung« stattfand, in den wissenschaftsexterne Motive eingingen.

Notker Hammerstein eröffnet dann die Abteilung »Unter dem Nationalsozialismus« mit dem Hinweis auf Kontinuitäten der Universitätsverfassung im Ordinarien- und Führerprinzip. Lothar Mertens betont dagegen die neue Ausrichtung der NS-Wissenschaft auf Kriegsvorbereitung. Helmuth Trischler und Helmut Maier präzisieren den Begriff der »Großforschung« im Blick auf die nationalsozialistischen Raketenprojekte. Burghard Ciesla exemplifiziert die strukturellen und teleologischen Wandlungen eindringlich am Beispiel des »General-Professors« Karl Becker, der Raketenprojekte ebenso wie die wehrtechnische Lehre und Forschung vorantrieb und 1940 ein Staatsbürgergräbnis in Anwesenheit Hitlers erhielt. Weitere Beiträge widmen sich der Betriebspsy-

chologie (J. Platz / L. Raphael / R. Rosenberger), den Altertumswissenschaften (V. Losemann) und, schon bibliographisch instruktiv, der »Rassekunde« (A. Lund). Michael Grüttner erörtert die personelle NS-Infiltration der Universitäten statistisch überzeugend als eine »Jugendbewegung« und »Machtergreifung« des Nachwuchses gegen die alten Ordinarien, woran kürzere Beiträge zur Diskussion des Generationschemas anschließen. Auch diese Abteilung erörtert also strukturelle Wandlungen und disziplinäre Umorientierungen und diskutiert mit der »Generationalität« ein universitätspolitisches Motiv der Durchsetzung des Nationalsozialismus, das der Rasseideologie noch ein sekundäres politisches Realisierungsmotiv hinzufügte: das Karrierestreben.

Die letzte, knappere Abteilung zur »Nachkriegszeit« eröffnet Hubert Laitko mit einer Überblicksdarstellung zur Entwicklung der Berliner Wissenschaftslandschaft bis 1949. Sylvia Paletschek schildert dann die Entnazifizierung am Beispiel der Tübinger Universität. Carsten Klingemann verweist auf personelle Kontinuitäten in der deutschen Soziologie. Claus-Dieter Krohn fokussiert das große Thema der Remigration in ihren Unterschieden für BRD und DDR sowie die einzelnen Fächer. Michael Schüring skizziert die vergangenheitspolitischen Strategien der Max-Planck-Gesellschaft anhand des Umgangs mit Emigranten wie Lise Meitner. Weitere kleinere Beiträge setzen diverse Akzente. Diese Abteilung gibt kein geschlossenes Bild, pointiert aber große Themen einer Wissenschaftsgeschichte der Nachkriegszeit: die Fragen nach Neuanfang und Kontinuitäten, Aufarbeitungen und Blockaden der Innovation. Eine Bilanz fehlt. So hinterlässt der umfangreiche Sammelband insgesamt einen doppelten Eindruck, der nicht zwispaltig zu nennen ist: Einerseits überzeugt er in der weiten, über Universitätsgeschichte und staatszentrierte Wissenschaftsgeschichte hinausgehenden Thematisierung der komplexen Kooperation von Staat, Wirtschaft und Wissenschaft sowie dem (hier herausgelesenen) roten Faden eines Paradigmenwechsels zur »Biologisierung des Menschen« – mit dessen Folgen fragwürdiger Spekulationen und katastro-

phaler Experimente eines großtechnologischen Rassismus; andererseits trägt die Bestandsaufnahme der Weite ihrer Fragestellung wegen doch Züge roher Diskussionspapiere und Projektskizzen. Es war aber eine gute Entscheidung der Herausgeber, diesen doppelten Charakter nicht auf eine wasserdicke Version abzuspecken, sondern den Tagungscharakter zu belassen und damit einen Aufbruch der Wissenschaftsgeschichtsschreibung in weite und neue Wege zu signalisieren.

Berlin

Reinhard Mehring

Ralf ALTENHOF: *Die Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages*. Wiesbaden 2002. Westdeutscher Verlag. 423 S. 32,90 EUR.

Wie die Ausschüsse gehören auch die Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages zu den von der Politikwissenschaft oftmals übersehenen Gremien, in denen das Gros der parlamentarischen Arbeit geleistet wird. Zumindest für den Bereich der Enquete-Kommissionen liegt mit der Studie von Ralf Altenhof nunmehr eine umfassende Analyse aller 21 von 1969 bis 1998 eingesetzten Kommissionen vor.

Dabei gelingt Altenhof eine überzeugende vergleichende Gesamtdarstellung. Gegenstände seiner Untersuchung sind die Konstituierungsphase (immerhin 40mal scheiterten Vorstöße zur Einrichtung einer Enquete-Kommission), das Innenleben (d. h. Organisation und Arbeitsweise), die Ergebnisse und Wirkungen der Enquete-Kommissionen. Dabei sind diese klar in die parlamentarische Arbeitsteilung von Parlamentsmehrheit und Opposition »eingespannte« Institutionen. Dies zeigt sich schon daran, dass Kommissionen zu hochkontroversen, öffentlichkeitswirksamen Themen kaum eingesetzt werden – die wenigen Ausnahmen führen stets zu unbefriedigenden Ergebnissen. »Erfolgreich« arbeiten dagegen meist Kommissionen zu Themen, die zwar in Teilöffentlichkeiten bereits erörtert werden, aber im politischen Meinungskampf den Parteien noch nicht klar zugeordnet sind. In solchen Fällen dominieren in der Kommissionsarbeit

bei Sachverständigen (meist Wissenschaftlern) und Abgeordneten, die auch über Expertise für das Fachgebiet verfügen bzw. diese erwerben, dann eher Konsensorientierungen.

Der Erfolg von Enquete-Kommissionen ist allerdings differenziert zu beurteilen: Die unmittelbare gesetzgeberische Implementation ist dem Wortlaut von § 56 GOBT zum Trotz eher die Ausnahme. Die Chance ist am größten, wenn die Kommission während ihrer Tätigkeit durch Zwischenberichte auf Regelungsbedarf hinweist und konkrete, konsensualisierte Vorschläge macht. Insgesamt bedeutsamer ist die Wirkung auf die Öffentlichkeit, wenn die Kommissionen ihren Gegenstandsbereich handlungsorientiert und verständlich aufbereiten und – oftmals als eigenständige Publikationen – einem breiteren Publikum zugänglich machen.

Kritisch anzumerken bleibt zur Studie nur wenig. Da sie neben einer komparativen Gesamtdarstellung zugleich eine – selbstverständlich durch die Fragestellung geprägte – Sammlung von 21 Einzeldarstellungen ist, wäre eine detailliertere Gliederung wünschenswert, die auch dem an einzelnen Kommissionen Interessierten einen benutzerfreundlichen Zugang zu den Forschungsergebnissen erlaubte. Hinzu kommt, dass die Bibliographie neben den Parlamentaria lediglich Literatur aufführt, »die im engeren Zusammenhang zum Thema« steht (S. 347). Der deshalb unvermeidliche Rückgriff auf den Fußnotenapparat wird durch die grobmächtige Gliederung aber nicht gerade erleichtert. Auch mag man bei der Charakterisierung des Forschungsstandes »Meinungsfreudigkeit« begrüßen, doch erscheinen bei Altenhof einige Beurteilungen doch bisweilen demonstrativ pointiert.

Gleichwohl liegt mit der Studie nunmehr ein Standardwerk für die Enquete-Kommissionen des Bundestages vor, auf das vertiefende Einzelstudien gewinnbringend aufbauen können und müssen.

Passau

Uwe Kranenpohl

Britta FREIS / Marlon JOPP: *Spuren der deutschen Einheit. Wanderungen zwischen Theorien und Schauplätzen der Transformation*. Frankfurt a. M. u. a. 2001. Verlag Peter Lang. 532 S. 65,40 EUR.

Die Gemeinschafts-Dissertation der beiden Sozialgeographen an der Universität Bochum hatte den überlangen aber exakten Titel: »Spuren der Einheit. Eine Auseinandersetzung mit Konzepten der Strukturationstheorie und der Theorie der alltäglichen Regionalisierungen am Beispiel von Folgen des Transformationsprozesses in Dörfern des Weimarer Landes«.

Das Vorwort der Autoren zum Buch beginnt prosaisch: »Es ist ein langer und kurvenreicher Weg bis zur Fertigstellung der vorliegenden Arbeit gewesen. Immer wieder gab es Unterbrechungen, hervorgerufen durch das Verirren in Seitenstraßen, das Festfahren in Sackgassen und quälende Fragen, wo denn bloß all die vielen dunklen Tunnel herkommen. Glücklicherweise haben wir für den Notfall immer eine (wenn auch häufig veraltete) Karte oder eine Taschenlampe dabei gehabt. Und wenn es doch einmal zappenduster wurde, haben uns viele liebe Menschen auf einem Teil der Reise begleitet.«

Das »übergeordnete Ziel« der Arbeit wird darin gesehen, »dem Anspruch einer engen Verzahnung von Theorie und Empirie gerecht zu werden, um auf dieser Basis plausible und argumentativ begründbare Verallgemeinerungen unserer empirisch gewonnenen Ergebnisse herstellen zu können«. Als konkretere Zielstellung wird angegeben, »die Unabgeschlossenheit der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung zu begründen«, aber auch, »ob und wie sich das alltägliche dörfliche Leben verändert und wie sich die Situation der Dorfgemeinschaft nach dem Ende der DDR entwickelt hat, welche möglichen Ursachen für die zu identifizierenden Prozesse auszumachen sein könnten und welche sozialen Folgen damit verbunden sind«.

Folgerichtig ist deshalb der erste Teil des Buches (knapp 200 Seiten) mehr theoretisch/theoretisierend angelegt. Kapitel 2 gibt einen interessanten Überblick (mit zahlreichen Quellen-Angaben) über den Stand der

(deutschsprachigen) sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung, zu den Transformationsprozessen in Ostdeutschland (von einer »sozialistischen Planwirtschaft« zu einer marktwirtschaftlich orientierten Gesellschaft). Eine »neue allgemeine, alles umfassende Transformationstheorie« sei allerdings nicht erkennbar und möglicherweise auch nicht sinnvoll.

»Von unserer ursprünglichen Absicht, auf ein längeres Kapitel über die dieser Arbeit zugrunde liegenden theoretischen Modelle zu verzichten und theoretische Gedanken immer nur in Verbindung mit empirischen Befunden einzubringen, mußten wir während des Schreibens Abstand nehmen.« So ist ein fachspezifisches Kapitel 3 entstanden, dessen Beurteilung die Kompetenz des Rezensenten überschreitet.

Sehr grundsätzlich problematisiert werden sozialwissenschaftliche Theorien. So sei »keine theoretische Position letztendlich begründbar; jedes theoretische Modell in den Sozialwissenschaften (und unserer Auffassung nach nicht nur dort) basiert auf grundlegenden, nicht weiter hinterfrag- und überprüfbaren Basisannahmen, Überzeugungen, Einstellungen, Vorlieben, Glaubenssätzen (man könnte auch sagen, obgleich im Kontext der Wissenschaft verpönt: Ideologien), die eng mit der Person des jeweiligen Wissenschaftlers, seiner Biographie und seiner Sozialisation verbunden sind«.

Die »Theorie der Strukturierung von Anthony Giddens« und die »Konzeption der Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen von Benno Werlen« werden kritisch vor- und einander gegenübergestellt. Das Fazit lautet: »Sowohl die Theorie der Strukturierung als auch die Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen stellen ausgesprochen komplexe Entwürfe dar, die als solche in Gänze weder theoretisch diskutiert noch empirisch umgesetzt werden können.« Deshalb werden von den Autoren nur einige Bausteine herausgegriffen (Problem der Beliebbarkeit?), aber breit abgehandelt. Das Kapitel 4 enthält »einige skizzenhafte Überlegungen zur Verbindung der theoretischen Kernelemente mit dem empirischen Teil unserer Arbeit«.

Als empirisches Material wurden Zeitungsartikel, Aussagen von Politikern und

Wissenschaftlern sowie Passagen aus selbst durchgeführten Interviews genutzt. Die Methoden der Datenerhebung werden genannt: Qualitative Interviews (Protokollierung, Auswahl der Gesprächspartner, Beobachtungen, Feldtagebuch); Analyse qualitativer Daten; Verallgemeinerung der Ergebnisse durch Typenbildung.

Die Autoren kommen u. a. zum Ergebnis, dass die Gegensätze zwischen Ost- und Westdeutschen »in vielen Fällen nur deshalb existieren, weil sie von den Menschen selbst gemacht werden. Und häufig haben sie gute Gründe, dies zu tun.«

Kapitel 5: »Mauern in den Köpfen? Zur alltäglichen Produktion, Reproduktion und Transformation von Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschen« enthält eine methodisch sehr interessante Systematisierung der öffentlichen Diskurse zur inneren Einheit.

Es wird ausführlich aus Interviews mit verschiedenen Personen, u. a. alteingesessenen und zugezogenen Ehepaaren zitiert, welche bestimmte »Merkmalskombinationen« (theoretisch/methodisch erarbeitet) vertreten. Diese Interviews sind aber hinsichtlich der Personen- und Ortsnamen völlig verfremdet. Das Ergebnis sind ganz unterschiedliche Aussagen und Erfahrungswerte. »Die Mehrheit der Gesprächspartner, die wir bei unseren Aufenthalten in Thüringen interviewt haben, äußerte sich dahingehend, daß es keine Ost-West-Unterschiede gebe und deshalb auch keine Spannungen und Konfliktpotentiale vorhanden seien.« Ein weiterer Schlüssel-Satz: »Vergangenheit ist persönliches Eigentum, wer die Vergangenheit angreift, greift das Selbstbewußtsein der Leute an.«

Die theoretische Bilanz (Kapitel 7) lautet: »Obwohl die Strukturierungstheorie von Anthony GIDDENS seit nunmehr gut fünfzehn Jahren vorliegt, wurde dieser Ansatz bisher in den deutschsprachigen Sozialwissenschaften kaum als eine prädestinierte theoretische Alternative zu den bislang üblichen makro- und mikrotheoretischen Ansätzen betrachtet. Will man jedoch beides miteinander verbinden, bietet die Auseinandersetzung mit GIDDENS eine vielversprechende Alternative – und aus unserer Sicht gibt es derzeit keinen theoretischen Ansatz

in den Sozialwissenschaften, der dieser Aufgabenstellung besser zu entsprechen scheint.« Die »alltagspraktische Perspektive« lautet: »Man sollte Antipathien und Sympathien als das ansehen, was sie sind: Individuelle Bedeutungszuweisungen aufgrund von persönlichen Erfahrungen und/oder Vorurteilen. Vielleicht verstehen sich Ost- und Westdeutsche dann irgendwann einmal besser. Und wenn sich nach dem Prozeß des gegenseitigen Kennenlernens und Verstehens Vorurteile zu Urteilen erhärten – auch gut.«

Erlangen

Achim Beyer

Bob WOODWARD: *Bush at War. Amerika im Krieg. München 2003. 400 S.*

Bob Woodward, die Ikone des investigativen Journalismus in den USA, hat mit seinem jüngsten Buch »Bush at War« einen intimen Einblick in die Diskussions- und Entscheidungsprozesse der US-Administration in den ersten 100 Tagen nach den Anschlägen des 11. September vorgelegt. Wie man es nicht anders von Woodward gewöhnt ist, hatte das Mitglied der Geschäftsführung der Washington Post Zugang zu einer Fülle von Primärquellen (über 50 Protokolle der Sitzungen des National Security Council, Protokolle des Kriegskabinetts sowie die Möglichkeit, zentrale Akteure der Administration mehrfach zu interviewen), auf deren Einsicht Zeithistoriker und Politikwissenschaftler noch mehr als zwei Dekaden werden warten müssen.

Herausgekommen ist dabei ein Werk, das – um es gleich vorwegzunehmen – beim Leser einen zwiespältigen Charakter hinterlässt.

Auf der Habenseite lässt sich unzweifelhaft die Komposition sowie der flüssige und gut lesbare Stil des Autors verbuchen. Dieses Buch ist einfach über weite Strecken »spannend« geschrieben. Allein die allzu genauen Detailbeschreibungen des Afghanistan-Krieges im letzten Drittel des Buches wirken oftmals redundant. Über weite Strecken gleicht das Buch jedoch – was seine Komposition betrifft – einem gelungenen »Thriller«, der verschiedene Handlungsstränge zunächst getrennt voneinander aufbaut und sie

dann zusammenführt. Dabei erfährt der Leser viele interessante Details, die für das Verständnis amerikanischer Außenpolitik nach dem 11. September von großer Bedeutung sind.

So wird mitgeteilt, dass die Frage, ob die Reaktion der USA auf die Anschläge gegen das World Trade Center sowie das Pentagon sich nur gegen al-Quaida oder gegen den Terrorismus im weitesten Sinn, worunter auch der Irak fällt, richten soll, bereits am 12. September Gegenstand der Beratungen im NSC war (S. 64-65). Obgleich Cheney für einen umfassenden Kampf – auch gegen den Irak – plädierte, entschied Bush jr., die Frage Irak zu einem späteren Zeitpunkt erneut zu diskutieren (S. 102). Und auch der Wandel der US-Strategie von der Abschreckung zur Prävention und Präemption wurde bereits einen Tag nach dem 11. September von Justizminister Ashcroft thematisiert, wenngleich er sich zuerst nur auf den Aufgabenbereich des FBI und des Justizministeriums bezog (S. 58). Ferner ist es ebenfalls erhellend, dass die Maxime des Unilateralismus im Kampf gegen den Terrorismus, die Verteidigungsminister Rumsfeld öffentlich mit »Wir bestimmen die Mission der Koalition und nicht umgekehrt« formulierte, bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt von Bush jr. als Handlungsmaxime amerikanischen Handelns intern ausgegeben wurde (S. 97). Sehr deutlich werden bei Woodward auch die unterschiedlichen Ansätze zwischen den verschiedenen Personen der Administration herausgearbeitet, die um Einfluss auf die Entscheidungen des Präsidenten rangen. Während Powell sich lange darum bemühte, die US-Reaktion in eine möglichst breite, aber amerikanisch geführte Koalition einzubetten und den Fokus der US-Politik zunächst auf den Aufbau einer Droh- und Druckkulisse gegen das Taliban-Regime zu konzentrieren (S. 143), plädierten Vizepräsident Cheney und Verteidigungsminister Rumsfeld von Beginn an für umfassende Militärschläge gegen Afghanistan, um dort einen Regimewechsel zu bewirken (S. 147). Auch der an militärischen Fragen interessierte Leser findet in »Bush at War« manche interessanten Details.

So berichtet Woodward recht ausführlich über die Auseinandersetzungen zwischen

Rumsfeld, der Afghanistan zu einer ein-drucksvollen Demonstration seiner Militärstrategie nutzen wollte, wonach eine Kombination aus dem Einsatz von Luftstreitkräften und Special Operation Forces ein hartes Vorgehen und einen schnellen Erfolg garantieren würde (S. 155), und General Myers, der eine stärkere Masierung konventioneller Streitkräfte bevorzugt hätte. Diese Auseinandersetzung wiederholte sich auch im Vorfeld des Irak-Krieges. In beiden Fällen, so wissen wir, konnte sich Rumsfeld durchsetzen.

Auch ein anderes Detail in der militärischen Planung ist von großer Bedeutung für den Wandel amerikanischer Militärpolitik nach dem 11. September. Mit der Unterstützung von Bush bekam die CIA ein Mitsprache- und Operationsrecht auch in militärischen Fragen (S. 154), was bei den Militärs zu nachhaltigem Unmut führte (S. 235), da dies aus ihrer Sicht die Operationsfelder nachhaltig verwischte.

Diese Beispiele sind nur einige von vielen, die verdeutlichen sollen, dass dieses Buch eine Fülle interessanter Einzelheiten enthält, die für den Politikwissenschaftler und Zeit-historiker von großem Interesse sind.

Trotz der großen Informationsfülle von »Bush at War« bleibt nach der Lektüre jedoch ein fader Beigeschmack nicht aus. Es drängt sich der Eindruck auf, dass Woodward mit »Bush at War« auch ein Stück politischer »Ikonographie« betrieben hat. Dem Leser wird ein US-Präsident präsentiert, der nicht nur mit der Übernahme des Post-11. September-Krisenmanagements an der Aufgabe politisch und persönlich wächst; nein, es drängt sich auch der Eindruck auf, dass Bush jr. instinktiv spürt (und dies wird im Verlauf der Darstellung immer wieder hervorgehoben), was das Richtige ist. Am Ende des Buches hat man den Eindruck, dass Bush es war, der allein die Strategie im Kampf gegen den Terrorismus entwickelt und durchgeführt hat. Andere Personen werden entweder als Falken skizziert (Rumsfeld, Wolfowitz, Cheney), als Zauderer (Joint Chiefs of Staff) oder - und dies ist die große Überraschung dieses Buches - als bedeutungslos (Rice). Die Sicherheitsberaterin des Präsidenten kommt bei Woodward nur dann vor, wenn es Privates zu berichten

gibt oder wenn ihre »administrative« Tätigkeit unterstrichen werden soll. Impulse gehen von ihr - glaubt man der Darstellung Woodwards - überhaupt nicht aus. Zum Teil drängt sich einem sogar der Eindruck auf, dass Woodward der Sicherheitsberaterin des US-Präsidenten Opportunismus vorwirft (vgl. S. 170).

Letzten Endes gibt es nur zwei Personen in diesem Buch, die ihr Handeln und ihre Entscheidungen sorgfältig abwägen: Bush und Powell. Bereits mit Erscheinen der Originalausgabe wurde in der New York Times und in Newsweek gemutmaßt, dass dieses Buch von Powell selbst angeregt und ermöglicht wurde, um seine eigene Rolle in der Phase nach dem 11. September in ein gutes Licht zu stellen. Dieses Eindrucks kann man sich nach der Lektüre von »Bush at War« nicht erwehren. Was bleibt somit als Fazit zu ziehen?

Als populärwissenschaftliche Studie ist Woodwards Buch sicherlich ein gelungener Wurf, das manche interessante Information enthält. Als Quelle, mit der Wissenschaftler, die am Entscheidungsprozess der US-Administration nach dem 11. September interessiert sind, arbeiten können, ist ihr Wert jedoch zweifelhaft.

Köln

Carlo Masala

Tilo SCHABERT: Wie Weltgeschichte gemacht wird. Frankreich und die deutsche Einheit. Stuttgart 2002. Klett-Cotta. 592 S. 35,- EUR.

Elke BRUCK: François Mitterrands Deutschlandbild. Frankfurt a. M. 2003. Peter Lang. 361 S. 56,50 EUR.

Nahezu gleichzeitig erscheinen zwei deutsche Bücher zu einem vieldiskutierten, umstrittenen Thema: Mitterrand und Deutschland. Die beiden Bücher unterscheiden sich hinsichtlich ihres methodischen Ansatzes wie ihres sprachlichen Duktus, vor allem aber ihres Inhalts.

*Mitterrand und die Wiedervereinigung:
Das Ende einer »Legende«?*

Es gibt bisher einen weitgehenden Konsens darüber, dass die französische Politik unter Staatspräsident Mitterrand die Wiederherstellung der deutschen Einheit zumindest abzubremsen, wenn nicht gar zu blockieren versucht hat. Die maßgeblichen Analysen (Zelikow/Rice, Weidenfeld, Küsters) stimmen hierin mit vielen Zeitzeugen überein (Schäuble, Teltschik, zurückhaltender auch Kohl; auf französischer Seite vor allem der Präsidentenberater Attali). Diese »herrschende Lehre« will Tilo Schabert in das Reich der Legende verweisen. Seine These: »Im Elysée Mitterrands war man auf ein solches Ereignis vorbereitet. Die Sorge dort galt nicht der Wiedervereinigung Deutschlands als solcher. Sie galt vielmehr deren Verlauf« (S. 14). Es habe ein »französisches Drehbuch« gegeben und die Wiedervereinigung sei nach diesem Drehbuch verlaufen. Frankreich verfolgte »ein klares und konstruktives Konzept« (S. 345), nämlich »die Verbindung zwischen der deutschen Vereinigung und dem europäischen Bau« (S. 298). Der Verfasser ist sich mit dem Generalsekretär des Präsidialamtes (und späteren Außenminister) Hubert Védrine einig, dass Frankreich seine Ziele erreicht habe. Muss also die Geschichte umgeschrieben werden?

Schabert stützt seine Interpretation auf Dokumente und Informationen, die den Forschern bisher gar nicht oder allenfalls teilweise zugänglich waren: umfangreiche Bestände der Akten des Präsidialamtes sowie Interviews mit Präsident Mitterrand selbst und den wichtigsten seiner Mitarbeiter.

Die ausgiebig zitierten Dokumente verdeutlichen einmal, dass die deutsche Frage Mitterrand genauso »umtrieb« wie jeden französischen Politiker; zum anderen, wie gespalten – in Mitterrands eigenen Worten – er selbst über dieses Problem war. Er wollte – wie General de Gaulle – die »Ordnung von Jalta überwinden«, hatte aber Bedenken hinsichtlich der Folgen für Stabilität und Gleichgewicht – ein Schlüsselwort in Mitterrands politischem Denken – in Europa, denn das Ende der Ordnung von Jalta musste die deutsche Frage auf die Tagesordnung bringen,

ließ die Wiedervereinigung akut werden. Die deutsche Einheit und das europäische Gleichgewicht waren für Mitterrand jedoch »fast ein Widerspruch« (Rede in Leipzig am 21. Dezember 1989). Die Dokumente belegen auch, dass Mitterrand das vereinte Deutschland in den europäischen Integrationsprozess, der beschleunigt und vertieft werden musste, einbinden wollte. Die detailliert geschilderte Auseinandersetzung mit Kohl über das Datum der Regierungskonferenz zur Wirtschafts- und Währungsunion zeigt in aller Deutlichkeit, dass die europäische Einbindung neben der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze (ein anderer Streitpunkt mit dem Bundeskanzler) für Mitterrand die wichtigste Bedingung für seine Zustimmung zur Wiedervereinigung war.

Aber hat der französische Präsident von Anfang an mit einem »klaren und konstruktiven Konzept« die Wiedervereinigung so vorbehaltlos unterstützt wie der amerikanische? Das wird man nach wie vor bezweifeln dürfen. Davon abgesehen, dass sich Mitterrand zu einer großen symbolischen Geste (etwa Hand in Hand mit Helmut Kohl durch das Brandenburger Tor zu gehen) nicht durchringen konnte, gibt auch sein Verhalten bei einigen Anlässen (z. B. Treffen mit Gorbatschow in Kiew am 6. Dezember 1989) Anlass, Zweifel zu nähren. Mitterrand hat aber – im Unterschied zu Margaret Thatcher – recht früh erkannt, dass der Vereinigungsprozess nicht aufzuhalten war, und er hat bezüglich der europäischen Einbindung Deutschlands in der Tat eine entscheidende Rolle gespielt. Kann man von einem französischen Präsidenten mehr verlangen? Kann, darf man von ihm erwarten, dass er eine deutsche Interessen verfolgende Politik betreibt?

Auch wenn Schaberts Buch viel Neues bringt, so fordert es doch auch Kritik heraus. Er unterzieht seine – schriftlichen und mündlichen – Quellen nicht immer der erforderlichen kritischen Prüfung, sondern interpretiert sie oft allzu bereitwillig im Sinne seiner These. Die gewiss ebenfalls eine kritische Überprüfung verlangenden Aufzeichnungen Jacques Attalis, die von Mitterrands Persönlichkeit und Politik ein anderes Bild zeichnen, lässt er gänzlich beiseite. Auch mit den Autoren, die eine andere Auffassung vertreten, setzt er sich nicht wirklich auseinander.

Kurzum: Die Darstellung fällt einseitig aus. Der Grund dafür liegt wohl in der Faszination, die sein »Held« auf ihn ausübt. Mitterrand sei nämlich »alles andere als ein »Florentiner«, sprich: Bilderbuch-Machiavellist« (S. 88), als der er häufig hingestellt wird. Schabert sieht in ihm einen Visionär mit praktischen Tugenden, beseelt von einer »europäischen Leidenschaft«, der in der Frage der Wiedervereinigung anfangs nicht etwa zögerlich und unsicher war, sondern das erwähnte konstruktive Konzept verfolgt hat. Die vielfach betonte Ambivalenz, um nicht zu sagen das Abgründige seines Charakters und seiner Haltung, das ihm den Beinamen Sphinx eingebracht hat, existiert für Schabert nicht.

Zweifellos gibt das im Buch enthaltene neue dokumentarische Material Anlass, manchen Akzent anders zu setzen, aber die beanspruchte »ganz andere Geschichte« als die bisher erzählte ergibt sich daraus nicht.

Mitterrands deutschlandpolitische Ambivalenzen

Elke Brucks Dissertation kann dagegen als eine Widerlegung der eigenwilligen Interpretation Schaberts gelesen werden, auch wenn sie sich nicht explizit mit ihm auseinander setzt. Ihre Untersuchung gilt der »Deutschlandperzeption François Mitterrands sowie deren Auswirkungen auf außenpolitische Entscheidungen des französischen Staatspräsidenten« (S. 295). Die Entscheidungen außenpolitischer Akteure, so ihre Annahme, besitzen lediglich eine »begrenzte Rationalität« und werden beeinflusst von »subjektiven Wahrnehmungsmomenten«. Diesen Einfluss analysiert die Verfasserin mit Hilfe des »Schemaansatzes«, wobei sie Schemata definiert als »WahrnehmungsfILTER, die dem Individuum dazu dienen, die Fülle eingehender Informationen zu reduzieren und eine Verknüpfung mit bereits vorhandenen konkreten und subjektiven Assoziationen herzustellen« (S. 295).

Bruck legt zunächst Mitterrands Deutschlandbild dar, wie es sich zwischen 1938 und 1989 entwickelt hat. Hervorzuheben ist, dass dieses Deutschlandbild zwar frei ist von Res-

sentiments, dass ihm aber auch »jegliche emotionale Zugewandtheit und Sympathie« (S. 76) wie auch ein vertieftes Interesse fehlt. So befürwortete Mitterrand zwar die Aussöhnung zwischen den »Erbfeinden« als notwendige Voraussetzung eines geeinten und friedlichen Europa, aber er lehnte privilegierte Beziehungen zur Bundesrepublik und damit den Elysée-Vertrag ab. Die Politik der europäischen Integration, die er schon sehr früh nach Kriegsende befürwortete, war für ihn auch »ein Instrument zur Einbindung Deutschlands«, sollte Sicherheit »mit Deutschland vor Deutschland« geben (S. 298). Die Sorge vor den »ruhelosen«, auch bedenklich erstarkten, dann wieder – in der Nachrüstungsdebatte zu Beginn der achtziger Jahre – ebenso bedenklich schwach erscheinenden Deutschen durchzieht seine Äußerungen.

Um Mitterrands Politik während des Prozesses der deutschen Vereinigung zu verstehen, muss auch berücksichtigt werden, dass er bei aller persönlichen Gegnerschaft zu de Gaulle dessen außenpolitische Grundorientierung der nationalen Unabhängigkeit und einer Führungsrolle Frankreichs in Europa beibehielt und dass ihm die Wahrung des Gleichgewichts, so wie es bestand (also einschließlich der deutschen Teilung), zur Sicherung von Stabilität und Frieden in Europa unerlässlich schien, bis sich der Kontinent geeint hatte.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass die Politik des französischen Staatspräsidenten in der Frage der deutschen Vereinigung in einer ersten Phase, vom Herbst 1989 bis zum Frühjahr 1990, ausgesprochen Status-quo-orientiert war. Stabilität und Sicherheit bedeuteten ihm faktisch mehr als das von ihm anerkannte deutsche Recht auf Selbstbestimmung. Folglich war er bestrebt, »die Wiedervereinigung Deutschlands aufzuhalten oder sie zumindest in langsamere Fahrwasser zu lenken« (S. 136). Noch 1979 hatte er die Vereinigung für »weder wünschenswert noch möglich« erklärt (S. 83). Erst als seine diesbezüglichen Bemühungen scheiterten (Gorbatschow versagte seine Unterstützung), er begriff, dass der Prozess nicht aufzuhalten war, die Siegermächte eingebunden wurden (2+4-Verhandlungen) und die Bundesregierung das Fortbestehen ihres

europapolitischen Engagements betonte, »folgte ein Politikwandel von einer auf Konfrontation hin zu einer auf Kooperation angelegten Strategie« (S. 304). Mit der Vertiefung der europäischen Integration durch die EWU, deren möglichst rascher Verwirklichung die Bundesregierung nach langem Zögern nun zustimmte, der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und der Verhinderung einer Neutralisierung des geeinten Deutschland durch Weiterbestehen der NATO-Mitgliedschaft wurden Mitterrands Bedenken ausgeräumt. Dass aber Misstrauen und Ängste, auch historisch begründete Vorurteile bei ihm fortbestanden, wurde im Jugoslawienkonflikt deutlich. Aber die »Sorge um das europäische Einigungswerk« (S. 309), nämlich das eventuelle Scheitern von Maastricht, bewog Mitterrand zum Einlenken.

Brucks dicht belegte und methodisch stringente Untersuchung lässt die »Ambivalenzen« von Mitterrands Deutschlandpolitik deutlich hervortreten. Posthume Rechtfertigungsversuche (seine Teilerinnerungen »Über Deutschland«) dürfen nicht darüber hinwegtäuschen. Allerdings begriff Mitterrand, dass sein oberstes Ziel, die europäische Einigung, ohne andauernde Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland nicht erreichbar war. So haben Idealismus und Realismus gleichermaßen eine für ihn schwierige Phase zu einem insgesamt guten Ende gebracht.

Trier

Adolf Kimmel

Lisette ANDRAE: Reform in Warteschleife. Ein deutscher Sitz im UN-Sicherheitsrat? (Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Reihe »Internationale Politik und Wirtschaft«, Bd. 69). München 2002. Verlag R. Oldenbourg. 285 S. 44,80 EUR.

Seit Beginn dieses Jahres nimmt Deutschland zum vierten Mal die Funktion eines nicht ständigen Mitglieds im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für zwei Jahre wahr und hat im Februar turnusgemäß für einen Monat die Präsidentschaft inne. Diese zeitlich befristete Rolle übernimmt Deutschland in einer politisch brisanten Phase der Weltpolitik, in der es Anzeichen dafür gibt, dass

es eine militärische Intervention der USA gegen den Irak geben könnte und Deutschland gegenüber den USA in eine politisch konträre Lage kommen könnte. Dies wiederum könnte das strategische Ziel deutscher Politik, einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu erreichen, erheblich erschweren. Zumal es noch weitere Hindernisse zu überwinden gilt, um dieses Ziel zu erreichen. Zentraler Dreh- und Angelpunkt ist hierbei die Reform des UN-Sicherheitsrates. Doch die Reformbemühungen befinden sich, wie die Autorin in ihrer hier anzuzeigenden Bonner Dissertation treffend zum Ausdruck bringt, »in der Warteschleife«.

Ausgangspunkt der Überlegungen zur Studie ist die Tatsache, dass die alte Zusammensetzung des Sicherheitsrates ein Spiegelbild der Machtverhältnisse von 1945 ist und zu Beginn des 21. Jahrhunderts nach Ansicht der meisten VN-Mitglieder nicht mehr den geopolitischen Realitäten entspricht. Ganze Kontinente und Wirtschaftsräume mit überregionalem Einfluss sind nicht ausreichend vertreten (Deutschland, Japan, Indien, Brasilien, Südafrika etc.).

Im Hinblick auf Deutschland hat sich Andrae die Aufgabe gestellt, das Interesse an einer ständigen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat zu identifizieren und die nationalen und internationalen Bedingungen für die Erreichbarkeit dieses Anliegens zu analysieren. Hierbei erstreckt sich die Untersuchung auf zwei große Forschungsbereiche der Internationalen Beziehungen, den der Außenpolitik und den der Politik in Internationalen Organisationen, wobei die Analyse außenpolitischer Entscheidungsprozesse im Vordergrund steht. Der Untersuchungszeitraum beginnt im Jahre 1990, als das Thema erstmals in der Bundesrepublik Deutschland diskutiert wurde, und endet mit dem Regierungswechsel 1998. Die in dieser Arbeit im Zentrum des Interesses stehende Frage der Kandidatur Deutschlands um einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat, der damit verbundenen unterschiedlichen und zum Teil widerstreitenden Interessen auf nationaler und internationaler Ebene und der sich bei den Bemühungen um die außenpolitische Durchsetzung ergebenden Probleme werden in ihrer Gesamtheit erstmals untersucht.

Um nachzuvollziehen, warum ein ständiger Sitz für Deutschland von großem nationalem Interesse sein könnte, wird zunächst in Kapitel I der Stellenwert des Sicherheitsrates als einziges globales sicherheitspolitisches Entscheidungsorgan in der internationalen Politik erläutert. In Kapitel II wird hinterfragt, wie sich das Ziel eines ständigen deutschen Sitzes im Sicherheitsrat in die traditionelle außenpolitische Kultur der Zurückhaltung des Politikstils der Integration, Kooperation und des Multilateralismus einfügt. Hieraus leitet Andreae die Frage ab, welchen Nutzen eine ständige deutsche Mitgliedschaft für die Weltgemeinschaft einerseits und für Deutschland andererseits haben kann.

Das Ergebnis ist ernüchternd und bestätigt einmal mehr Max Weber: »Politik ist das Bohren von dicken Brettern«.

Insgesamt kann die Feststellung getroffen werden: Der Vorsitz, den Deutschland im UN-Sicherheitsrat zur Zeit inne hat, hat eher organisatorische und vermittelnde Funktion. Denn es sind die »P5«, wie die fünf permanenten Mitglieder USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich unter Diplomaten genannt werden, die in New York das letzte Wort haben. Sie ziehen eher den Status quo vor, als neuen Staaten im Sicherheitsrat eine ständige Mitgliedschaft zu gewähren, zumal wenn deren Interessen den ihrigen zuwiderlaufen. Für Deutschland ist aufgrund zahlreicher Konfliktfelder insbesondere mit den USA eine ständige Mitgliedschaft nicht leichter geworden. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund, dass ein Durchbruch in der Reformdebatte in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist, liefert diese erste wissenschaftliche Bestandsaufnahme und Analyse des Themenkomplexes SR-Reform und deutsche VN-Mitgliedschaft ein für die politikwissenschaftliche Forschung wichtiges Zwischenergebnis. Im Hinblick auf die vierte nicht-ständige Mitgliedschaft Deutschlands im VN-Sicherheitsrat bietet diese Studie darüber hinaus für die politische Praxis wertvolles Grundlagenwissen.

Bad Kissingen

Heinz Brill

Ruth-Kristin RÖSSLER: Justizpolitik in der SBZ/DDR 1945–1956 (Ius Commune, Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Europäische Rechtsgeschichte, Sonderhefte Studien zur Europäischen Rechtsgeschichte 136). Frankfurt a. M. 2000. Vittorio Klostermann. IX + 315 S. 49,- EUR.

Warum dieses Buch? In der Einleitung heißt es: »... bis heute wurde noch keine umfassende Darstellung zum Elitenwechsel in der Justiz der SBZ/DDR vorgelegt. Was bisher erschien, sind in erster Linie institutionell und zeitlich begrenzte Studien.« Die Autorin macht allerdings selbst Einschränkungen: »Der Schwerpunkt dieser Arbeit liegt auf dem Gebiet der Entwicklung und der Umsetzung der Personalpolitik in der Justiz. Außerdem wird das Thema zeitlich auf die Jahre von 1945 bis 1956/57 eingegrenzt.«

(Zeit-)historische Arbeiten zeichnen sich dadurch aus, dass sie entweder völlig neue Erkenntnisse liefern aufgrund bedeutender, aufsehenerregender Funde bislang nicht bekannter oder zugänglicher Dokumente, deren akribischer Auswertung unter Berücksichtigung vorliegender Forschungsergebnisse zu diesem Thema, oder aber durch analytische Auswertung vorhandener veröffentlichter Forschungsarbeiten – kritisch-zusammenfassend, Widersprüche aufdeckend, wichtige Gemeinsamkeiten feststellend –, möglicherweise ergänzt durch neue Archivalien.

Die vorliegende Studie ist als eine zeithistorische Arbeit konzipiert. Sie basiere – so die redaktionellen Vorbemerkungen vom September 1999 – »in erster Linie auf einer Analyse neuer Quellenmaterialien aus DDR-Archiven«. Allerdings fehlen Dokumente aus dem Bereich des MfS, weil bis zur Fertigstellung des Manuskriptes im April 1997 ein Forschungsantrag beim BStU »nicht genehmigt« worden sei. Auch das Bundesarchiv wird getadelt: Die dort vorhandene Materialfülle lasse sich »zum großen Teil nur schwer erschließen, da die Bestände in der Regel schlecht oder nicht benutzerfreundlich aufgearbeitet sind«. Doch was bedeutet in diesem Zusammenhang »benutzerunfreundlich«? Kein Wissenschaftler kann davon ausgehen, dass ihm die genau für seine Arbeit relevanten Dokumen-

te zitiergerecht von Archivarinnen »serviert« werden (können); je nach erforderlichem eigenen Bemühen werden gelegentlich dann Archive »klassifiziert«. Die Studie besteht folglich – eingestandenermaßen – auf einer unzulänglichen Materialbasis.

Von der Methode zum Forschungs-Gegenstand. Es gibt entgegen der oben zitierten Behauptung eine Fülle von veröffentlichten Forschungsarbeiten zur vorliegenden Thematik – auch größtenteils im Literaturverzeichnis nachgewiesen. Die Frage des Rezensenten dürfte deshalb nicht überraschen: Warum dieses Buch (zu einem hohen Preis), wenn schon fast alles und teilweise mehr in den wissenschaftlichen Publikationen von Werkentin, Rottleuthner, Wentker u. a. abgehandelt? Außerdem verspricht der Titel mehr, als der Inhalt vermitteln kann (Einschränkungen s. o.).

Zudem gibt es nicht wenige sachliche Mängel und auch Fehler in diesem Buch, von denen einige genannt seien:

Wichtige Institutionen der DDR-Justiz werden nur am Rande vermerkt, z. B. das Oberste Gericht (OG) und deshalb auch nicht dessen (durchaus wichtige) Funktionen behandelt, noch weniger die personellen Entscheidungen für diese Instrumente zur Durchsetzung der Justizpolitik der SED in jenen Jahren.

In der Arbeit werden die Jahre 1945–1948 als »Demokratisierungsjahre«, die Jahre 1948/49 bis 1956/57 als »Sowjetisierungs- und Stalinisierungsjahre« bezeichnet. Sicherlich gab es einen schleichenden, aber deshalb nicht weniger gewollten und geplanten Übergang von dem 1945 im Aufruf der KPD der SBZ verkündeten Aufbau einer »parlamentarisch-demokratischen Republik« zur Hoch-Stalin-Ära. Bedauerlicherweise wird der »Demokratie-/Demokratisierungs«-Begriff von der Autorin praktisch durchgehend unkritisch aus den SED-/DDR-Dokumenten übernommen. Problematisch ist auch die von der Autorin versuchte Definition des Begriffes »Stalinismus« im Kontext ihrer eigenen Periodisierung: »Erscheinungen wie Willkür, Administration, Zentralismus, ineffektive Planwirtschaft, Einschränkung des geistig-kulturellen Lebens, fehlende Pressefreiheit, Redefreiheit, Reisefreiheit und nicht zuletzt fehlende Rechtsstaatlichkeit« – das alles gab

es auch vor 1948. Zudem: Der Unterschied zwischen Sowjetisierung und Stalinisierung wird nicht erklärt und ist für die damalige Zeit auch nicht erklärbar, da identisch (der Rezensent ist nicht nur Zeithistoriker, sondern auch Zeitzeuge). Nochmals: Der Begriff Demokratie und seine Anwendung in der SBZ/DDR wird nicht hinterfragt!

Ein weiteres Beispiel: »Betrachtet man die Führungsebene der Zentralverwaltung für Justiz ein Jahr nach ihrer Gründung [gemeint ist der Herbst 1946, A. B.], so läßt sich feststellen, daß von sieben Abteilungen nunmehr drei mit SED-Mitgliedern, zwei mit SPD-Mitgliedern und jeweils eine mit einem CDU- bzw. LDP-Mitglied besetzt waren.« Zu diesem Zeitpunkt gab es keine SPD mehr!

Völlig unverständlich ist die Kritik an Wolfgang Leonhard (die durchgängig schludrige falsche Schreibweise seines Namens fällt auf): »Die von Wolfgang Leonhardt festgehaltene Aussage Walter Ulbrichts: »Es soll demokratisch aussehen, jedoch müssen wir alles im Griff haben« läßt sich als allgemeine politische Orientierung der damaligen KPD- oder Sowjetpolitik nicht bestätigen.« Tatsache ist: Es handelt sich hierbei nicht nur um die Aussage eines der kompetentesten Zeitzeugen der Anfangsjahre der SED-Politik, sie wird auch bestätigt durch die Dokumente aus den Partei-Archiven der SED u. a., sofern sie zur Kenntnis genommen werden (wollen).

Die Auswahlkriterien der im Anhang abgedruckten 30 Dokumente, teilweise faksimiliert, sind dem Rezensenten nicht erkennbar. Die Zitation der Titel im Literaturverzeichnis enthält Fehler. Bedauerlich ist die mitunter ungenaue und nicht durchgängig einheitliche Zitierweise.

Da dieses Buch noch weitere Mängel und Fehler enthält (Hilde Benjamin wurde nicht 1951, sondern 1953 zum Min. f. Justiz ernannt), muss es bedauerlicherweise – vor allem, weil dieses Thema für die Aufarbeitung eines Teiles der deutschen Geschichte so wichtig und zugleich brisant ist – als oberflächlich recherchiert, als unzureichend kritisch durchdacht und in nicht wenigen Punkten fehlerhaft insgesamt als nicht empfehlenswert eingestuft werden.

Erlangen

Achim Beyer

Johannes Rogalla von BIEBERSTEIN: »Jüdischer Bolschewismus«. *Mythos und Realität*. Dresden 2002. Edition Antaios. 311 S. 29,- EUR.

Das Schlagwort vom »jüdischen Bolschewismus« gehörte zum Kernbestand der nationalsozialistischen Propaganda und unterstellte unter antisemitischen Vorzeichen die jüdische Beherrschung der kommunistischen Bewegung und Systeme. Dem damit verbundenen Mythos stand die wertneutral zu konstatierende Realität eines in der Tat relativ hohen Anteils von aus jüdischen Familien stammenden Akteuren in diesem politischen Lager gegenüber. Der Historiker Johannes Rogalla von Bieberstein will in seinem Buch »Jüdischer Bolschewismus«. *Mythos und Realität* diesen Zusammenhang aus einer historisch-sozialwissenschaftlichen Perspektive erforschen und nach Angemessenheit und Ursachen der damit verbundenen Aspekte fragen. Anhand von zahlreichen Quellen ganz unterschiedlicher Art geht der Autor dabei chronologisch vor:

Zunächst zeigt er anhand einer Reihe von Beispielen, dass nicht nur die antisemitischen Agitatoren, sondern auch jüdische Intellektuelle eine stark jüdische Prägung des Kommunismus und Sozialismus unterstellten – jeweils aber mit unterschiedlichen Bewertungen. Rogalla von Bieberstein veranschaulicht diesen Zusammenhang noch durch Kurz-Portraits von bedeutsamen Sozialisten jüdischer Herkunft: von Moses Heß und Karl Marx über Ferdinand Lasalle und Rosa Luxemburg bis zu Georg Lukacs und Ernst Bloch. Danach geht er auf die Suche zahlreicher jüdischer Intellektueller nach Erlösung vom Antisemitismus ein und deutet so deren Entwicklung hin zum Kommunismus und Sozialismus als Reaktion auf Erfahrungen mit der Judenfeindschaft. Den relativ hohen Anteil an Angehörigen dieser religiösen Minderheit in der angesprochenen politischen Bewegung zeigt der Autor danach anhand von verschiedenen Bereichen ausführlicher auf, sei es bei den führenden Funktionären der Bolschewiki nach der Russischen Revolution von 1917, in der Komintern als bolschewistischer Weltpartei oder bei den revolutionären Erhebungsversuchen in zahlreichen europäischen Ländern

unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkriegs. Und schließlich geht Rogalla von Bieberstein auch ausführlicher auf die Stalinische Variante des Antisemitismus und deren Folgen für die Juden sowie auf das Aufkommen der antisemitisch motivierten Auffassung vom »jüdischen Bolschewismus« als Form des neuen antikommunistischen Antisemitismus ein.

Als Fazit seiner Untersuchung hält der Autor fest, dass »– unabhängig von ihrer politisch-ideologischen Ausrichtung – unter Zeitzeugen wie unter Fachwissenschaftlern Einmütigkeit darüber bestand, dass die spektakuläre Beteiligung von Juden an der sozialistischen, vor allem aber der kommunistisch/bolschewistischen Bewegung der Jahre 1917 bis 1923 dem Antisemitismus einen enormen Auftrieb und eine neue Qualität verliehen hat« (S. 244). Rogalla von Bieberstein spricht hier von einem »Teufelskreis«: Um der Abwehr des Antisemitismus willen organisierten sich viele jüdische Intellektuelle in der bolschewistischen Bewegung und lösten aufgrund ihres auffällig hohen Anteils wiederum neue antisemitische Reaktionen unter den Gegnern des Kommunismus aus. Der Autor macht darüber hinaus aber auch deutlich, dass »die jüdischen Kommunisten eine Minderheit in der Judenheit darstellten und deswegen keinesfalls mit den Juden gleichgesetzt werden dürfen« (S. 156).

Rogalla von Bieberstein legt eine Darstellung auf breiter Quellengrundlage vor und präsentiert seinen Lesern unzählige Detailaussagen und -informationen von unterschiedlichster Seite. Hierin liegen zweifellos die Stärken der Darstellung. Sie geht aber häufig nicht über die Ebene der Beschreibung von Anteilen und Positionen hinaus, wodurch auch falsche Eindrücke über die Absichten des Autors entstehen könnten. Rogalla von Bieberstein veranschaulicht an Beispielen den relativ hohen Anteil von Juden in Bewegung, Partei und System des Bolschewismus, er führt diesen auch auf eine Reaktion auf den Antisemitismus zurück und betont die überwiegende Ablehnung des Kommunismus durch die Juden. Während der erstgenannte Aspekt aber relativ breit dargestellt wird, erhalten die beiden letztgenannten Gesichtspunkte nur gerin-

gen Raum in der Darstellung – wodurch auch ein schiefes Bild des von dem Autor Gemeinten entstehen könnte. Diese Gewichtung erklärt sich durch Rogalla von Biebersteins Wissenschaftsverständnis, das stark auf die Zusammenstellung historischer Fakten ausgerichtet ist. Dabei bleiben mitunter aber wichtige analytische Aspekte auf der Strecke: So hätte man sich hier eine ausführlichere Darstellung des als Reaktion auf den Antisemitismus erfolgenden Ideologiebildungsprozesses bei der Hinwendung jüdischer Intellektueller zum Kommunismus gewünscht. Darüber hinaus verweist der Autor zwar ausführlich auf den relativ hohen Anteil von Juden bei den Funktionsträgern von Partei und System des Bolschewismus, thematisiert aber die andere Perspektive in Gestalt der geringen Akzeptanz dieser politischen Richtung unter den Juden nur am Rande (vgl. S. 17, 156, 170). Eine etwas eindeutiger Fragestellung und Strukturierung des Dargestellten hätte hier möglicherweise mehr Klarheit schaffen können. Dies wäre auch vor dem Hintergrund des Kontextes der Veröffentlichung überaus wichtig gewesen: Das Buch enthält ein Vorwort des umstrittenen Historikers Ernst Nolte, wurde von dem als Vertreter der »Neuen Rechten« bekannt gewordenen Karlheinz Weißmann betreut und erschien in einem diesem politischen Lager zuzurechnenden Verlag. Dadurch bedingt könnte die etwas problematische Gewichtung des Inhalts ganz anders verstanden werden als der seit Jahren in der »Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit« aktive Autor Rogalla von Bieberstein ursprünglich beabsichtigte.

Köln

Armin Pfahl-Traugbber

Konrad LÖW: *Die Schuld. Christen und Juden im Urteil der Nationalsozialisten und der Gegenwart*. Graefelfing 2002. Verlag Dr. Ingo Resch. 355 S. 24,- EUR.

Mit der angezeigten Publikation des Bayreuther Politologen Konrad Löw liegt ein gewichtiger Beitrag zu der seit nunmehr 40 Jahren andauernden Auseinandersetzung um die vermeintliche Schuld der christlichen Kir-

chen vor, die sie wegen ihrer Haltung im und zum Dritten Reich auf sich gezogen hätten. Sie wurde ausgelöst durch die spektakuläre Uraufführung des Schauspiels »Der Stellvertreter« von Rolf Hochhuth im Jahre 1963, ausgerechnet im gerade eingemauerten West-Berlin auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges. Inzwischen ist dieses Schauspiel auf vielen Bühnen in aller Welt aufgeführt worden und hat verbindliche Maßstäbe für die bis heute andauernde Auseinandersetzung gesetzt. Vorläufig letzter Höhepunkt der Popularisierung dieser Schuldzuweisung war die Diskussion um die zeitgleiche Veröffentlichung des amerikanischen Politologen und Harvard-Professors Daniel Goldhagen »Die katholische Kirche und der Holocaust« mit einer Startauflage von 50 000 Exemplaren im Herbst vorigen Jahres. Wohl nur selten ist einem herausfordernden Buch eine so rasche und vor allem gründliche Antwort erteilt worden wie in diesem Falle.

Das Entscheidende an dieser vornehmlich ideologisch motivierten Auseinandersetzung mit diesem Thema sind nicht so sehr die Widerspruch provozierenden Thesen der Ankläger der Kirchen, sondern die Tatsache, dass wissenschaftlich begründete Widersprüche in zunehmendem Maße als Indiz für christliche Unbußfertigkeit oder Relativierung der Schuld – und somit für neue Schuld – verdächtigt werden. Damit wird zunächst an ein grundsätzliches Problem der »Objektivität sozialwissenschaftlicher Erkenntnis« i. S. Max Webers erinnert. Es handelt sich um die Auseinandersetzung mit »politisch sterilen, weil unausragbaren Fragen der Schuld in der Vergangenheit. Dies zu tun, ist politische Schuld, wenn es irgendeine gibt. - - Wenn es irgend etwas gibt, was »gemein« ist, dann dies, und das ist die Folge dieser Art von Benutzung der »Ethik« als Mittel des »Rechthabens!« Deshalb kommt es bei der Behandlung des Themas »Schuld« in der Geschichte auf den »entscheidenden Punkt an. Wir müssen uns klar machen, daß alles ethisch orientierte Handeln unter zwei voneinander grundverschiedenen, unausragbar gegensätzlichen Maximen stehen kann: es kann »gesinnungsethisch« oder »verantwortungsethisch« orientiert sein« (Max Weber).

Damit ist der Grundtenor der Darstellung Konrad Löws angesprochen.

Zunächst behandelt er in einer faktenreichen Analyse das Verhältnis von Christen und Juden in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Dabei wird deutlich, dass von einer Affinität des Katholizismus zum Nationalsozialismus – im Unterschied zum Protestantismus – nicht gesprochen werden kann, sofern man sich an den von Löw in breiter Fülle ausgebreiteten Fakten orientiert. Sie beweisen, dass sowohl die katholische Kirche als auch (bis 1933) die Zentrumspartei eindeutig gegen die NS-Weltanschauung Stellung bezogen haben, was sich u. a. an den Wahlergebnissen während der Weimarer Republik erkennen lässt. Als Faustregel galt, dass die NSDAP in einem Wahlkreis desto weniger Stimmen erhielt, je mehr Katholiken in diesem Wahlkreis wohnten. Deshalb wählten auch ca. 30 Prozent der Juden Zentrum als die Partei, die auch ihre Interessen gegenüber dem Staat vertrat, wobei die Erfahrungen des Kulturkampfes im Kaiserreich eine wesentliche Rolle spielten. An dieser grundsätzlichen Einstellung hat sich auch nach dem Machtantritt Hitlers im Wesentlichen nichts geändert, wenngleich es schlagartig schwieriger wurde, sowohl die eigenen Positionen und erst die der Juden zu behaupten. Eine Vorstellung von diesen Schwierigkeiten vermittelt die Tatsache, dass gegen 12 105 namentlich genannte Priester alle möglichen Zwangsmaßnahmen seitens des NS-Staates ergriffen wurden; 407 Priester kamen in ein KZ, 107 fanden dort den Tod; 63 Priester wurden in einem förmlichen Gerichtsverfahren zum Tode verurteilt.

Dabei handelte es sich gewissermaßen nur um das Vorspiel zu einer »Endlösung« der Kirchenfrage, die Hitler aus Rücksicht auf das Ausland und das deutsche Volk in diversen innerparteilichen Verlautbarungen für die Zeit *nach* dem (siegreichen) Kriege plante.

Die von Löw ausführlich zitierten und sorgfältig kommentierten Äußerungen lassen allein schon wegen ihrer Fülle keinen Zweifel, dass es sich nicht um zeitbedingte Gelegenheitsäußerungen handelte, sondern um folgerichtige Konsequenzen seiner ideologischen und herrschaftspolitischen Vorstellungen von der Neuordnung Europas nach dem Kriege.

Jeder offene Widerstand in den Friedensjahren des Dritten Reiches, erst recht während der Kriegsjahre, war nur ein ideologisch willkommener Anlass, die ohnehin beschlossenen Zwangsmaßnahmen in der eigenen Anhängerschaft und wohl auch in weiten Teilen des deutschen Volkes als »Gegenreaktion« zu rechtfertigen.

Auch in diesem Zusammenhang ist man nicht auf Vermutungen angewiesen. Löw weist an zahlreichen Beispielen nach, dass der mutige Protest von Bischöfen, Priestern und Laien keineswegs die erhofften Wirkungen zeitigte, sondern zu weiterer Verfolgung und Verschärfung der Zwangsmaßnahmen führte. Als ein Musterbeispiel für diesen Sachverhalt sei an den Hirtenbrief der holländischen Bischöfe gegen die Deportation der Juden dieses Landes nach Deutschland im Frühjahr 1942 erinnert, der eine Erweiterung der Opfer auf die getauften Juden nach sich zog. Die bescheidenen Möglichkeiten der Rettung von Juden wurden durch das gesinnungsethische Handeln erheblich eingeschränkt, während sie woanders (verantwortungsethisch) genutzt werden konnten. Immerhin hat »Der Stellvertreter« Pius XII. einigen hunderttausend Juden (die Zahlenangaben differieren) in den besetzten Ländern die Rettung ermöglicht. In diesem Sinne haben sich jüdische Organisationen und namhafte jüdische Persönlichkeiten in den ersten Nachkriegsjahren verständnisvoll und dankbar zum Verhalten der katholischen Kirche gegenüber den Juden während der nationalsozialistischen Herrschaft geäußert. Erst Mitte der sechziger Jahre ist ein deutlicher Stimmungsumschwung, wie eingangs erwähnt, eingetreten, dem eindeutig ideologische Gründe und weniger ein berechtigtes geschichtliches Erkenntnisinteresse zugrundeliegen. Ein Kernsatz der marxistischen Ideologie lautet: »Die Kritik der Religion ist die Voraussetzung aller Kritik«. In diesem Sinne hat nach einem Wort Karl Jaspers »ein Angriff auf den Papst Zugkraft« und für ideologisierte Intellektuelle und Verleger ist die Versuchung groß, so der Schlusssatz dieses wichtigen Buches Konrad Löws, »diese ›Zugkraft‹ für sich einzuspinnen«.

Berlin

Klaus Motschmann

Michael RISSMANN: Hitlers Gott. Vorsehungsglaube und Sendungsbewusstsein des deutschen Diktators. Zürich/München 2002. Pendo Verlag. 314 S. 24,90 EUR.

»Der Reichskanzler lebt ohne Zweifel im Glauben an Gott ...«, notierte Kardinal Faulhaber nach einer Unterredung mit Hitler am 4. November 1936. Dagegen schrieb Pater Ingbert Naab, der Hitler schon vor 1933 öffentlich heftig bekämpft hatte, dessen Credo habe gelautet: »Ich bin der Herr, Dein Gott. Seinen Namen gebrauche ich nur, um Dich zu täuschen.« Zu so extrem gegensätzlichen Urteilen kamen die Repräsentanten einer Kirche, aus der Hitler bis zu seinem Ende niemals austrat.

Auch die bisherigen Erklärungsversuche für Hitlers Verhältnis zur Religion spüren sehr unterschiedlichen Wurzeln nach. Friedrich Heer leitete Hitlers Anschauungen aus einem vulgarisierten Katholizismus breiter Schichten ab, der ihn zum Antisemitismus und zur Massenvernichtung getrieben habe. Georg May sah dagegen eine enge Seelenverwandtschaft von Nationalsozialismus und Luthertum. Wolfgang Hammer macht den aufgeklärten Absolutismus Josefs II. für Hitlers Weltbild verantwortlich, während Claus-Ekkehard Bärsch den Nationalsozialismus als politische Religion begreift. Natürlich ist Hitlers Weltanschauung ohne den historischen Hintergrund undenkbar. So war sein rassistischer Antisemitismus mit einem biologisch-naturwissenschaftlichen Anspruch verbrämt, wofür man ebenso wie für seine Wissenschaftsgläubigkeit die negativen Folgen der Emanzipation des Denkens durch die Aufklärung verantwortlich zu machen versucht hat. Doch war sein Judenhass auch nicht ohne die jahrhundertlange katholisch genährte Feindseligkeit denkbar, die der politische Katholizismus im Österreich des 19. Jahrhunderts massenwirksam weitertradierte. Hitler schaffte es, die beiden scheinbar unvereinbaren Stränge zu verknüpfen und Jesus zum arischen Vorkämpfer des Antisemitismus zu machen. Auch für Hitlers Vergötterung des Volks, die den religiösen Glauben zum Glauben an das Volk und die eigene Nation verzerrte, ließen sich in der Philosophie der Aufklärung zahlreiche Beispiele finden, ebenso wie das Stre-

ben nach der schrankenlosen Staatsmacht dem Protestantismus genügend Rechtfertigungen entnehmen konnte.

Rissmanns Essay stellt die einzelnen Elemente dessen, was man als Hitlers Glauben ansehen kann, anhand der vorhandenen Quellen klar dar, ohne sich in eine Erörterung der vielfältigen nachweisbaren oder vorstellbaren Wurzeln zu verlieren. Hitler sah ein religiöses Urbedürfnis des Menschen, der als Massenmensch ein fest umrissenes Glaubensbekenntnis benötige. Die christlichen Kirchen betrachtete er als Machtfaktoren, und nur als solche respektierte er sie. Insbesondere die Organisations- und Disziplinierungsleistung der katholischen Kirche beeindruckte ihn stark. In den konfessionell ausgerichteten Parteien sah er Instrumente der Kirche, sich in die Politik einzumischen, weshalb er sie scharf bekämpfte. Am historischen Christentum schienen ihm das unbedingte Eintreten für den Glauben und der kämpferische Zug vorbildhaft, dagegen hatte er für Glaubensinhalte wie die Wandlung im Abendmahl oder für die christliche Nächstenliebe nur Spott und Verachtung übrig. Auch die Gleichheit aller Menschen vor Gott widersprach seinem rassistischen Weltbild. Massenpsychologisch wirksam war es, wenn er immer wieder, bewusst oder unbewusst, Bibelzitate in seine Reden einbaute und sich in Parallele zu Messiasvorstellungen als Heilsbringer stilisierte.

Rissmann stellt entschieden heraus, gerade in Zeiten, die eine Legitimationskrise der Geisteswissenschaften erlebten, müsse die Forschung sich als Korrektivorgan populärer Legenden verstehen. Er verweist die des öfteren geäußerte Vermutung, Hitler habe seine weltanschaulichen und religiösen Überzeugungen aus dem Werk Richard Wagners und dem Bayreuth-Kreis bezogen, ebenso ins Reich der Fabel wie seine Bestimmtheit durch den völkischen Okkultismus. Hier gedeiht immer noch ein wuchern-der Dschungel unseriöser, fantastischer und esoterischer Literatur, zum Teil auch mit neonazistischer Tendenz.

Hitler selbst forderte, der Nationalsozialismus solle ein »politischer Glaube« sein. Neidisch stellte er fest, der von ihm verabscheute Bolschewismus habe es geschafft, bei seinen Anhängern religiöse Inbrunst zu

wecken und eine neue, wenn auch auf anderer Basis aufgebaute Religion zu werden. Bereits 1938 hatte Eric Voegelin seine Theorie der politischen Religionen entwickelt. Wie Rissmann feststellt, existiert aber bis heute noch keine umfassende Deutung des Nationalsozialismus als politischer Religion. Er zeigt Skepsis bezüglich eines solchen Ansatzes, da weder das religiöse Denken Hitlers noch dessen Rezeption in der Bevölkerung den Schluss zuließen, dass der Nationalsozialismus als politische Religion gedeutet werden könne. Ein allgemeines Bekenntnis zu Hitlers immer wieder zitiertem Vorsehungsgott bestand nicht: »Hitler glaubte an sich, die Deutschen an seine Erfolge; er glaubte an die Vorsehung, die Deutschen mehrheitlich an den altbewährten christlichen Gott« (S. 197).

Geblendet von seinem unfassbaren Aufstieg und mit einer nahezu unbegrenzten Fähigkeit zur hypnotischen Suggestion und zur Autosuggestion begabt, hielt sich Hitler für das Werkzeug einer Vorsehung, die ihn über die gewöhnlichen Sterblichen hinaus hob. Der von ihm entfesselte Krieg, der der Steigerung der deutschen Macht dienen sollte, erschien als Wille der Vorsehung, die das beständige Ringen der Völker um die Vormacht geradezu naturgesetzlich vorschrieb. »Der christliche Gott und Hitlers Gott ha-

ben nur den Namen gemeinsam« (S. 96). Deshalb lässt sich auch der Hitlers Apotheose seiner selbst dienende Vorsehungsbegriff nicht einfach mit dem der antiken und christlichen Tradition gleichsetzen, auf den Rissmann leider nicht eingeht.

Komplementär wäre eine breite Untersuchung des Bilds von Hitlers Einstellung zur Religion in der Intelligenzschicht und in der Masse der Bevölkerung wichtig, die aber den Rahmen der vorliegenden Untersuchung sicher gesprengt hätte. Noch schärfer hätten sich die Konturen von Hitlers Glauben auch durch die Frage nach der Religion als bestimmendem Element für politisches Handeln und durch einen Vergleich mit dem Religionsverständnis anderer Mächtiger zeichnen lassen. Angeboten hätte sich hier z. B. Friedrich II. von Preußen, für dessen Kritik am Christentum Hitler große Sympathie hegte. Auch für den gegenüber der Vorsehung skeptischen, materialistisch orientierten Friedrich galt, was Franz Halder über Hitler sagte: Er sei ein »Feldherr ohne Gott«. Seine den Glauben ersetzende Philosophie legte ihm aber auch trotz seiner kriegerischen Skrupellosigkeit Schranken auf, die Hitler für sich niemals sah und sehen wollte.

München

Paul Hoser

Autoren dieses Heftes

Prof. Dr. Ekkart Zimmermann, Professor für Soziologie an der Technischen Universität Dresden

PD Dr. Andrea Römmele, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung

PD Dr. Andreas Anter, Professurvertreter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Leipzig

Prof. Dr. Paris Varvaroussis, Universität Athen

PD Dr. Reinhard Mehring, Institut für Philosophie, Humboldt-Universität Berlin